Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950
1948

14 (3.4.1948)

Visual Library

WIRTSCHAFTSREVUE

KURZFASSUNGEN IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE: L'ÉCONOMIE CONTINENTALE CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

WIRTSCHAFTS-WOCHENSCHRIFT

Nr. 14 — 3. Jahrgang Lizenz-Nr. 1122 DG AA/Stl./Pr. Konstanz/Bodensee, den 3. April 1948 Ausgabe D – Preis RM 1.-

Vorstufen

Wie vorsichtig ein so erfahrener wirtschaftspolitischer Interpret und Publizist wie der Amerikaner Walter Lippman die Wirkungen des Marshall-Planes auf die Lage in Europa beurteilt, geht daraus hervor, daß er vor der Illusion warnt, der Marshall-Plan werde unmittelbar eine Erholung in Europa zur Folge haben. Dieser Plan und seine Ausführung seien vielmehr nur als ein Instrument zu betrachten, mit dessen Hilfe die weitreichenden wirtschaftlichen und politischen Wirkungen der kommenden Krise in Großbritannien und der Krise in Deutschland kontrolliert und abgeschwächt werden könnten.

Mit vollem Recht erblickt Walter Lippman in der durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen und politischen Schwächung Großbritanniens einen der Hauptfaktoren für die in der Nachkriegswelt zu verzeichnende Verschiebung der weltpolitischen Gleichgewichtslage und für die heute fast alle Länder umfassende Wirtschaftskrise. Diese kann weder durch inflationelle oder monetäre Behelfsmittel, noch durch Verteuerung der Nahrungsmittel und industriellen Rohstoffe, die sich einseitig zu Ungunsten der durch den Krieg besonders geschwächten europäischen Zuschuß- und Verbrauchsländer auswirkt, behoben werden.

Die Lage, die sich jetzt herausgebildet hat, ist durch eine in solchem Ausmaß nicht vorhergesehene Anspannung und Ausdehnung der Verpflichtungen der Vereinigten Staaten gekennzeichnet, die sich in gleicher Weise auf politischem, strategischem und wirtschaftlichem Gebiet abzeichnet. Es liegt auf der Hand, daß die USA in diese Rolle bereits übernommener und noch zu übernehmender Verantwortungen erst hineinwachsen müssen. Die Annahme des Marshall-Planes durch den amerikanischen Senat sowie die Bildung der westeuropäischen Union sind jedenfalls wichtige Vorstufen einer Entwicklung, die europäische Krise unter neuen Aspekten und unter verstärkter Heranziehung der europäischen Erfahrungen auf wirtschaftlichem und technischem Gebiete zu meistern. Ri.

Die hemmende Dollarklausel

Reichliche Angebote des Auslandes

Im Außenhandel mit den westeuropäischen Ländern verzeichnete die britisch-amerikanische Zone im vergangenen Jahr einen Aktivsaldo von 135 Mill. $, der von diesen Ländern in $ zu zahlen ist. Die Doppelzone hat in der Hauptsache Kohlen und in geringem Umfange Fertigwaren nach diesen Ländern ausgeführt, jedoch nur wenig Waren von dort importiert. Infolge der in Europa immer größeren Dollarknappheit bereitet es verschiedenen Ländern Schwierigkeiten, die Dollarsalden zu begleichen. Dänemark, das 1947 für 14,50 Mill. $ aus der britisch-amerikanischen Zone bezogen und nur für 0,18 Mill. $ Ware nach dorthin geliefert hat, ist gegenwärtig nicht in der Lage, seine Dollarschulden von 10 Mill. für gelieferte Ruhrkohle zu bezahlen, da die durch den Verkauf landwirtschaftlicher Produkte erzielten Dollareinnahmen zum Einkauf von Futtermitteln und anderen lebenswichtigen Waren benötigt werden. Auch verschiedene andere Länder sind ihren Dollar-Verpflichtungen gegenüber der Doppelzone aus dem vergangenen Jahr bisher noch nicht nachgekommen. Mit den Niederlanden verlief der Warenaustausch sehr unausgeglichen. Die Bezüge aus der Doppelzone hatten einen Wert von 23,73 Mill. $, dagegen die Lieferungen nur einen solchen von 2,42 Mill. $. Im Hinblick auf den Dollarmangel müssen die Niederlande ihre Importe aus der britisch-amerikanischen Zone auf die notwendigsten Güter beschränkt halten, wenn nicht, wie vor dem Krieg, die traditionellen holländischen Ausfuhrwaren nach dort geliefert werden können. Holland führte im Jahre 1938 für 159 Mill. hfl. Waren nach Deutschland aus, darunter fast die Hälfte landwirtschaftliche Erzeugnisse. Im vergangenen Jahr sind große Mengen Gemüse umgekommen, da es an Absatzmöglichkeiten fehlte. Zur Zeit verfügt Holland noch über bedeutende Überschußmengen an Wintergemüse.

Ende Februar hatte die britisch-amerikanische Zone Außenstände in Höhe von 145,2 Mill. $, wovon 42,7 Mill. $ auf Forderungen aus allgemeinen Exporten, 58,3 Mill. $ auf Kohleausfuhren, 4,8 Mill. $ auf Holzausfuhren, 21,2 Mill. $ auf Kohleausfuhren nach Österreich, 10,3 Mill. $ auf Forderungen aus Schiffsreparaturen, 7,6 Mill. $ auf Transitverkehr mit der Bahn, 0,2 Mill. $ auf Stromexporte und 0,07 Mill. $ auf Forderungen aus der Rheinschiffahrt entfielen.

Frankreich führte für 22,82 Mill. $ aus der Doppelzone ein, exportierte dorthin jedoch nur für 0,56 Mill. $. Österreich verzeichnete Bezüge in Höhe von 21,41 Mill. $, dagegen Lieferungen von nur 0,51 Mill. $. Luxemburg hatte überhaupt keine Exporte nach der Doppelzone, während sich die Einfuhren auf 20,07 Mill. $ stellten. Bei Norwegen ergaben sich Importe in Höhe von 8,28 Mill. $ und Exporte von 0,38 Mill. $. Die Schweiz bezog für 6,69 Mill. $ aus der Doppelzone und lieferte für 0,34 Mill. $. Die oben erwähnten Einfuhren aus Holland von 2,42 Mill. $ sind daher im Vergleich zu den anderen Ländern relativ bedeutend. Schweden hatte noch etwas größere Lieferungen in Höhe von 3,95 Mill. $ an die Doppelzone und bezog für 6,92 Mill. $. Für Italien stellten sich die Importe auf 10,08 Mill. $ und die Exporte auf 1,61 Mill. $. Das einzige europäische Land, das mehr in die Doppelzone lieferte, als es bezogen hat, war die Tschechoslowakei, die nur für 1,01 Mill. $ aus der britisch-amerikanischen Zone erhielt, jedoch für 4,39 Mill. $ ausführte, und daher einen Aktivsaldo von 3,38 Mill. $ zu verzeichnen hat.

Nach einer Mitteilung der JEIA sind in den letzten Wochen auf Grund der Dollarknappheit Exportaufträge in Höhe von 5 bis 6 Mill. $ rückgängig gemacht worden. Außerdem macht sich der Dollarmangel durch eine nachlassende Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen bemerkbar. Das Ausland ist wohl am Bezug von Fertigwaren interessiert, sieht sich jedoch außer Stande, dafür Dollarbeträge aufzubringen. Die europäischen Länder drängen daher darauf, Fertigwaren gegen ihre Erzeugnisse zu erhalten. Die Möglichkeit des Exports deutscher Waren gegen ausländische Produkte ohne Dollarzahlung scheint etwas aussichtsreicher geworden zu sein, nachdem diesbezügliche Verhandlungen mit Griechenland erstmalig zu einem für beide Teile zufriedenstellenden Abschluß gekommen sind. Griechenland liefert für 3,5 Mill. $ Waren, darunter für 2,5 Mill. $ Tabak, und erhält aus der Doppelzone für 5 Mill. $ Industrieerzeugnisse. Die Differenz von 1,5 Mill. $ muß Griechenland allerdings in $ begleichen.

Auch die zur Zeit noch laufenden Verhandlungen mit Schweden lassen einen ausgeglicheneren Warenaustausch erwarten. Zunächst ist ein Warenaustausch in Höhe von 130 Mill. sKr. vereinbart worden. Dieser Abschluß ist nach Ansicht der noch in der Doppelzone anwesenden Schweden nur als vorläufiges Ergebnis anzusehen, da der Abschluß nur etwa die Hälfte der ursprünglich vorgesehe-

(Fortsetzung Seite 2)

Warenverkehr mit der Saar

Neue Bestimmungen

Über die Abwicklung des Handelsverkehrs mit dem Saarland nach dem 1. April 1948 hat die Militär-Regierung folgende Regelung bekanntgegeben:

1. Die Ausfuhr nach dem Saarland

Der Ausführer der Zone übersendet nach Übereinkunft mit seinem saarländischen Kunden diesem drei Stück einer Proformarechnung für die zu liefernden Waren. Preise in Reichsmark. Es muß dabei gesagt werden, daß sie mit den zugelassenen deutschen Inlandspreisen übereinstimmen. Der in der Rechnung angegebene Reichsmarkpreis ist frei Grenze ohne Verzollung zu berechnen. Auf Grund der Proformarechnung reicht der saarländische Einführer der Außenhandelsstelle im Saarland eine in Franc ausgestellte Die neuen „fiches de spécification" und mit einem Antrag auf Ausstellung einer Einfuhrgenehmigung. Der saarländische Einführer stellt dem Officomex in Baden-Baden drei Stück der Einfuhrgenehmigung, sowie zwei Stück der Proformarechnung zu. Das Officomex prüft die Preise und die Möglichkeit der Ausfuhr und läßt eine Ausfuhrgenehmigung in sieben Stück ausstellen. Das Original der Genehmigung übersendet das Officomex zusammen mit einem Stück der Einfuhrgenehmigung an den Ausführer der Zone. Ist die Ausfuhr der Waren nach dem Saarland erfolgt, reicht der Ausführer dem Officomex eine Rechnung in vier Stück ein, zusammen mit einem Duplikat des Frachtbriefes. Das Officomex zahlt alsdann den Rechnungsbetrag in Reichsmark.

2. Einfuhr aus dem Saarland

Nach Übereinkunft mit seinem Kunden in der französischen Zone übersendet der saarländische Ausführer diesem zwei Stück der Proformarechnung in Reichsmark und Franc. Der Einführer der Zone stellt auf Grund dieser Rechnungen „fiche" in vier Stück aus, die beim Wirtschaftsministerium erhältlich sind. Darin ist der Wert der Ware in Reichsmark frei Grenze ohne Verzollung angegeben. Diese „fiche" und die zwei Ausfertigungen der Proformarechnung sind dem Wirtschaftsministerium einzureichen.

Handelt es sich um Güter der Reichsbahn, so sind diese Unterlagen dem Zentraleinkaufsamt der Deutschen Eisenbahn in Speyer einzureichen, handelt es sich um Eisen- und Stahlerzeugnisse, so müssen diese der G.J.F.A. eingereicht werden. Nach Empfang des Visums dieser Stellen übersendet der Einführer alle Unterlagen dem Officomex in Baden-Baden, das eine Ausfuhrgenehmigung ausstellt. Das Officomex setzt auch der Einfuhrgenehmigung den Dollarwert der Ware vor und stellt dem Einführer der Zone zwei Stück der Genehmigung zu. Der saarländische Ausführer reicht bei Offiziers-Fabriken einen Antrag für Ausstellung einer Ausfuhrgenehmigung ein, zusammen mit einer Abschrift der dem Einführer der Zone ausgehändigten Einfuhrgenehmigungen. Nach Empfang der Ware in der Zone stellt das Officomex die Rechnung für den Einführer in der Zone in Reichsmark aus, auf Grund der „fiche de spécification" ein zusammen gegebenen Reichsmarkpreise. Die Transportkosten auf der deutschen Eisenbahnstrecke in der Zone werden direkt vom Einführer bezahlt.

3. Übergangsregelung

Die im Rahmen des Clearing-Abkommens zwischen dem Saarland und der französischen Zone in Reichsmark ausgestellten Lizenzen haben mit dem 1. April 1948 ihre Gültigkeit verloren. Die Waren, für welche diese Lizenzen ausgestellt wurden, können jedoch noch bis zum 15. April eingeführt werden. auf der „fiche de spécification" an die neuen in Dollar ausgestellten Genehmigungen sind von den Dienststellen ab 20. März 1948 ausgegeben worden, haben aber erst mit dem 1. April ihre Gültigkeit erlangt.

Selbstverwaltungsausschüsse bei der Sozialversicherung

hfg. **Baden-Baden.** Dem badischen Landtag liegt ein Gesetzentwurf über die Wiedereinführung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung vor. Nach diesem Entwurf soll bei der Ortskrankenkasse ein Ausschuß von 30 Personen errichtet werden, von denen zwei Drittel von den volljährigen Versicherten und ein Drittel von den volljährigen Arbeitgebern zunächst auf zwei Jahre gewählt werden. Später soll die Wahl auf fünf Jahre vorgenommen werden. Neben dem Ausschuß soll auch die Wahl des Vorstandes der Ortskrankenkasse, der aus drei Vertretern der Arbeitgeber und sechs Vertretern der Versicherten bestehen soll, durchgeführt werden. Dieser Vorstand soll dann einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter wählen. Weitere Organe der Selbstverwaltung werden die Beisitzer bei den Versicherungsämtern sein, die durch die Ausschußmitglieder gewählt werden sollen. Für die Ortskrankenkasse sind zwölf Versicherungsvertreter und zwölf Stellvertreter, davon die Hälfte Arbeitgeber, zu wählen, und für die Oberversicherungsämter sollen 30 Beisitzer und ebensoviele Stellvertreter gewählt werden.

Neuer Wechselkurs des Rubels

Moskau. Nach einer Mitteilung des Außenministeriums werden die Bargeldvorräte der fremden Gesandtschaften in Moskau bis zum Jahresende zum gleichen Kurs wie die der russischen Bürger, d. h. 10:1 eingewechselt werden. Die höchstzulässigen Monatsausgaben werden für Mitglieder des diplomatischen Korps die gleichen sein wie für russische Bürger. Der neue Wechselkurs für alle Ausländer in der Sowjetunion wurde mit 8 Rubel = 1 $ und 32,24 Rubel = 1 £ festgesetzt.

Mehr Stahl für die französische Automobilindustrie

Paris. Da man für das 2. Vierteljahr 1948 eine Steigerung der französischen Roheisen- und Stahlerzeugung und eine Besserung der Kohlen- und Koksversorgung erwartet, konnte das Stahlkontingent für die Automobilindustrie eine wesentliche Erhöhung erfahren. Die Automobilwerke sollen im 2. Vierteljahr 130 000 t Stahl gegenüber nur 85 000 t im 1. Vierteljahr erhalten.

Griechischer Bauxit für die französische Zone

Baden-Baden. Zwischen der französischen Besatzungszone und Griechenland ist ein Übereinkommen getroffen worden, unter welchem Griechenland Bauxit im Gegengeschäft gegen Präzisionsinstrumente, Farben und chemische Erzeugnisse aus der französischen Zone liefern wird. Es wären dies die ersten Bauxitlieferungen nach dem Krieg nach Deutschland, und es ist anzunehmen, daß sie für die Versorgung der Aluminiumindustrie in der französischen Zone bzw. der Doppelzone bestimmt sind, da man vor einiger Zeit die Aufnahme der Aluminiumerzeugung gestattet hat.

Wieder italienisches Obst

Rom. Nach einer Vereinbarung mit der Verwaltung der Doppelzone wird Italien wieder Obst und Gemüse im Wert von 10 Mill. $ jährlich nach Deutschland liefern, das vor dem Krieg bereits der Hauptabnehmer Italiens war.

Große Reisvorräte in Brasilien

Rio de Janeiro. In den brasilianischen Häfen sind große Reisvorräte aufgestapelt — etwa 1 500 000 Sack —, die wegen der Schwierigkeiten auf dem Weltmarkt keinen Absatz finden können. Da die neue Reisernte bereits am 10. März begonnen hat, werden die Reisvorräte noch weiter ansteigen.

Es ist nur zu hoffen, daß diese Reisvorräte nicht dasselbe Schicksal erfahren werden, wie seinerzeit die ungeheuren Kaffeevorräte, die man, um sie los zu werden, einfach ins Meer schüttete.

Großbritannien erhöht Kohlenausfuhr

London. Nach einer Mitteilung des britischen Brennstoffministers sollen die britischen Kohlenexporte mit Wirkung vom 1. Januar von 112 000 t auf 200 000 t wöchentlich erhöht werden. Die Kohle wird an die an der Pariser Wirtschaftskonferenz beteiligten Länder sowie an andere Länder geliefert werden, die in der Lage sind, an Großbritannien Lebensmittel oder Rohstoffe abzugeben, oder die Kohle in $ zu bezahlen.

In dieser Nummer

Verbrauchsbelebung oder Investitionen?
Brücken über den Rhein
Bedenkliche Kohlen-Zwischenbilanz
Umschaltung des tschechischen Außenhandels
Triest — Handelsmittler
Südamerika als Markt
Bilanzprobleme der Schwarzpreise
Schwund der kleinen Märkte

Mut zum Optimismus

Die internationale Lage scheint der des Jahres 1939, jener also, die sich als dramatisches Vorspiel des zweiten Weltkrieges erweisen sollte, allzu ähnlich zu sein, um die Meinung zuzulassen, daß es bei einigen Kursbewegungen an den Börsen der am Welthandel beteiligten Länder sein Bewenden haben könnte. Staatsmänner weisen in ihren öffentlichen, durch den Rundfunk und die Presse verbreiteten Erklärungen nicht weniger deutlich als eigene Untersuchungen der Presse auf die wachsende Kriegsgefahr hin. Die den Partnern an der voraussichtlichen Auseinandersetzung zur Verfügung stehenden Streitmächte werden gegeneinander abgewogen, und auch so mancherlei Äußerungen, die den Kriegsteufel noch nicht erkennbar an die Wand malen wollen, erhalten doch erst Gewicht und Bedeutung, wenn sie auf dem Hintergrund der immer weiter sich verbreitenden und tiefer sich verwurzelnden Furcht vor dem als unvermeidlich angenommenen dritten Weltkrieg gesehen werden. Die Analogie zwischen damals — dem Jahre 1939 — und heute wurde unverkennbar, als die Ereignisse in der Tschechoslowakei zu dem Fenstersturze führten, mit dem sich Masaryk, der Außenminister dieses Landes, wie in dem einen Lager erklärt wurde, für immer der Kritik ehemaliger ausländischer Freunde, wie Behauptungen im anderen Lager wissen wollten, aber der aktiven Beteiligung an einer Entwicklung entziehen wollte, die er für unheilvoll und vernichtend hielt. Daß es daneben wieder auch um das Schicksal einer autonomen Hafenstadt geht, die diesmal nur nicht Danzig benannt ist, erscheint fast nur noch als ein Tüpfelchen auf dem i — wohl kaum, so meint man, um jenes in dem Worte Frieden.

Es ist eine bange, eine im tiefsten aufwühlende Frage, insbesondere für das deutsche Volk, das schwer unter den Folgen des vor knapp drei Jahren gründlich verlorenen Krieges leidet, ob die düster über Europa und der Welt lagernden Wolken sich in einem neuen, noch furchtbareren Gewitter, als wir es eben erst erlebt haben, entladen werden, oder der drohenden Gefahr noch einmal gesteuert werden kann. Man hat indessen, wenn man ihrer Erörterung ausweicht, die Frage nicht auch aus der Welt geschafft, und es besteht sogar eine moralische Pflicht, die Frage aufzuwerfen, wenn man im Gegensatz zu den pessimistischen Beurteilern der Lage eine mehr optimistische Betrachtungsweise für möglich hält.

Daß in beiden Lagern Vorbereitungen getroffen werden, geeignet jeder, auch der Entwicklung zum äußerst Unheilvollen hin zu begegnen, scheint Zweifel nicht mehr zuzulassen. Hat ein bewußt auf den Krieg gerichteter Wille bei der einen oder beiden Parteien bereits zu einem feststehenden Entschluß geführt, oder läßt man sich in beiden Lagern bloß widerwillig der Katastrophe zutreiben? Will die Sowjetunion, deren Politik mit Zähigkeit und Konsequenz klar und klarer sich abzeichnenden Zielen näherzukommen trachtet, den Krieg, kann sie ihn überhaupt wollen? Es wird bestritten, daß Sowjetrußland, das mit Pacht- und Leihlieferungen diesmal nicht zu rechnen und auch, wie angenommen wird, noch keine Atombomben zur Verfügung hätte, nach der Vernichtung eines so erheblichen Teiles seines Rüstungspotentials im letzten Krieg heute bereits in der Lage sein könnte, den noch viel größeren Anforderungen einer neuen Auseinander-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

setzung mit Waffen von einer ins Ungeheure gesteigerten Schlagkraft zu genügen.

An einen Präventivkrieg könnte eher im anderen Lager gedacht werden, dessen überlegenes Potential durch erhöhte Aktivität und erfolgreiche qualitative Verbesserung des Rüstungsmaterials auf der Gegenseite zwar nicht absolut, wohl aber mit jeder Zeitspanne, die ungenutzt bleibt, relativ verringert werden könnte. Nicht, ob man in Moskau den Krieg will, sondern ob man ihn für unvermeidlich hält und also meint, ihn unter allen Umständen führen zu müssen, dürfte daher eine Umschreibung der sowjetrussischen Einstellung in der Kriegsfrage sein, die Glaubwürdigkeit für sich in Anspruch nehmen kann.

Hat man aber zu dieser Auffassung der Lage gefunden, so ergibt sich für den Beurteiler der einander folgerichtig sich ergänzenden Maßnahmen der Regierung in Moskau zwanglos die Erklärung: Die Sowjetunion bereitet in den ihrem eigentlichen Staatsgebiet vorgelagerten Ländern Ausgangsstellungen für einen offensiv zu führenden Verteidigungskrieg vor, die ihr verbesserte Erfolgsaussichten bieten sollen. Inwieweit diese Vorbereitungen Sowjetrußland bei dem der Gegenseite zu Gebote stehenden weit überlegenen Rüstungspotential einen günstigen Ausgang der Auseinandersetzungen wirklich verbürgen könnten, bleibt indessen, wohl auch für die Sowjetunion selbst, eine offene Frage.

Im Westen Europas und jenseits des Atlantischen Ozeans zwingt der kalte Krieg, in dem Moskau bisher Erfolg an Erfolg zu reihen vermochte, zu einer sehr ernsten Beurteilung der Lage. Nicht nur, daß die Sowjetunion die Grenzen des von ihr kontrollierten Gebietes ruckweise in bald politischen, bald wirtschaftlichen Vorstößen, immer tiefer in den europäischen Westen vorträgt, führt sie jenseits der stetig vorgeschobenen Front auch noch einen kalten und in Griechenland — durch ihre Satelliten — sogar blutigen Partisanenkrieg. Bedeutet diese Entwicklung, der mit friedlichen Mitteln vielleicht nicht mehr rechtzeitig zu begegnen ist, keine gefährliche Verlockung, ja Nötigung für die Vereinigten Staaten, ihrerseits zu verfügbaren andersgearteten Mitteln — zuletzt (oder zuerst) auch der Atombombe — in einem Präventivkrieg zu greifen?

Für die Haltung der Sowjetunion meint man eine Erklärung in dem Moskau beherrschenden Mißtrauen den Westmächten, vor allem Washington gegenüber, finden zu können. Auf eine durch Mißtrauen vorherrschend bestimmte russische Mentalität deutete vor einiger Zeit auch der Außenminister der USA hin. Nicht weniger tief verwurzelt ist das Mißtrauen im Lager der Westmächte Sowjetrußland gegenüber. Von den Westmächten wurde die bald abgeschlossene Bildung des Ostblockes mit der eiligen Aufrichtung einer West-Union beantwortet, die zunächst Großbritannien, Frankreich und die Benelux-Staaten umschließt: Bündnissystem gegen Bündnissystem! Daß die Gefahr damit nicht gebannt, sondern die Gegensätze nur noch schärfer ausgeformt, die Fronten klarer gezogen wurden, war zunächst ein alle bedrückendes Bewußtsein.

Man meinte dereinst — es sind seither drei Jahre über uns hinweggegangen, Jahre qualvollen Wassertretens — viel durch „Erziehung zum Frieden", durch Volksaufklärung auf breitester Grundlage erreichen zu können. Sind es denn aber in der Tat die Völker, denen kriegerische Gesinnung in zweckbewußter Erziehung — wie sie kürzlich wieder in der in Deutschland erscheinenden Zeitung der amerikanischen Besatzungsarmee der Professor einer Universität der westlichen Hemisphäre nachdrücklich forderte — ausgetrieben werden müßte? Darf man allen Ernstes von Völkern — das deutsche nicht ausgenommen — sprechen, die nach den furchtbaren Kriegserfahrungen der Jahre 1939—1945 etwas Anders als den Frieden wollen könnten? Vor wenigen Wochen noch erklärte Marshall, der amerikanische Außenminister, die Bevölkerungen Sowjetrußlands und der Vereinigten Staaten verstünden einander gut, anders verhalte es sich mit den Staatsmännern der beiden Länder. Nicht die Völker, die Staatsmänner, ganz bestimmte Staatsmänner, die man je nach dem Lager, in dem der Beurteiler seinen Standort hat, ausschließlich auf der Gegenseite stehen sieht, wären demnach, wenn dieses Wort zurecht bestehen soll, zum Frieden zu erziehen.

Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte das Weltauditorium der Völker die diplomatischen Pourparlers, in denen sich die Tätigkeit der Staatsmänner im Lager der Westmächte lange Zeit zu erschöpfen schien. Und leider auch mit sinkendem Vertrauen. Hierin bahnte sich im Westen eine Wandlung an, als am 5. Juni des Vorjahres der Außenminister der Vereinigten Staaten in seiner Rede in der Harvard-Universität Europa zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft, zur Mobilisierung der eigenen aktionsfähigen Kräfte ermahnte, die dann die tatkräftige Unterstützung der Vereinigten Staaten finden sollte. Der Marshall-Plan gewann bald klar sich abzeichnende Gestalt. Die erste Wirkung der schwerfällig zwar, aber doch stetig fortschreitenden Aktion war zunächst wohl eine Spaltung der Völker des europäischen Kontinents in zwei Lager, brachte dem Westen aber eine zunehmende Konsolidierung und sich festigende Struktur, eine Verhärtung der weichen Stellen, in die die östliche Infiltration bis dahin fast widerstandslos hatte eindringen können. An dem Aufbau Europas soll auch Deutschland, aktiv und als Nutznießer, teilhaben. Die Aufrichtung der West-Union und die Umstellung Frankreichs zu einer neuen Spanien- und Italienpolitik, der bedeutsame Schritt der Westmächte, der Triest dem italienischen Mutterland zurückgeben will, zeigen, daß man den Weg aus der eifersüchtigen Pflege partikularistischer Interessen heraus zu den großen Linien einer wahrhaft europäischen Politik finden will und mit Entschlossenheit bereits beschritten hat. Wahre Friedensarbeit wird damit geleistet, Friedensarbeit, denn es ist klar, daß jeder Erfolg, den die Aktivität der Staatsmänner des Westens auf dem jetzt von ihnen begangenen Wege zu verzeichnen hat, jede Erstarkung des Abwehrwillens im Westen, eine Verminderung der Erfolgsaussichten des Ostens und Verringerung des dort etwa genährten Kriegswillens bedeuten muß. Aus solchen Erwägungen heraus können eine optimistischere Betrachtung der augenblicklichen Lage und gekräftigtes Vertrauen in die Zukunft erwachsen.

—r

Verbrauchsbelebung oder Investitionen?

Erste Aufgabe: Ausreichende Versorgung mit Konsumgütern

Am 2. März 1948 wurde auf Vorschlag der freien demokratischen Parteifraktion des Wirtschaftsrates mit deren Stimmen und mit denen der CDU/CSU der bisherige Leiter der Sonderstelle Geld und Kredit, der Staatsminister a. D. Prof. Dr. Ludwig Erhard, München, zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des vereinigten Wirtschaftsgebietes gewählt. Der Länderrat hat dieser Wahl zugestimmt. Mit der Bestätigung durch das Bipartite Control Office kann sicher gerechnet werden.

Die Beweggründe, die dazu geführt haben, daß auf diesen wichtigsten Direktorposten in Frankfurt ein parteimäßig nicht gebundener Fachmann berufen worden ist, brauchen hier nicht untersucht zu werden. Mag unter parteipolitischen Gesichtspunkten diese Wahl als Behelfslösung gedacht sein; die Tatsache ist gegeben und keineswegs als Provisorium zu betrachten. Bei dieser Gelegenheit sei gleich ein verbreiteter Irrtum berichtigt: Die Ämter der fünf Direktoren der bizonalen Verwaltungen sind politische Posten. Die Stellvertreter der Direktoren sollen unpolitische Fachleute sein. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Direktoren nicht selbst auch Fachleute sein sollten oder gar dürften. Sie sind aber darüber hinaus als politische Repräsentanten der Parteien anzusehen.

Der neue Direktor der Verwaltung für Wirtschaft ist in der deutschen Industriewirtschaft, in der Wirtschaftswissenschaft und in der Wirtschaftspolitik eine bekannte Persönlichkeit. Gemäß seiner früheren leitenden Tätigkeit bei dem Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigwaren in Nürnberg, wo er zu den engsten Mitarbeitern von Wilh. Vershofen gehört hat, hat Direktor Dr. Erhard einen klar ausgeprägten, wissenschaftlich wohl begründeten wirtschaftspol. Standpunkt. Dieser Standpunkt ist also nicht von heute, sondern entspricht seiner in langjähriger wissenschaftlicher und beratender Tätigkeit gewonnenen Überzeugung vom Wesen und Zweck der Wirtschaft und einer reichen wirtschaftspolitischen Erfahrung.

Man kann die Auffassungen von Dr. Erhard, wenn man seine letzten Äußerungen in persönlicher Unterredung mit heranzieht, dahin zusammenfassen, daß der neue Direktor für Wirtschaft die strenggläubig gebundene Lehrmeinung klar und entschieden ablehnt, nach welcher die Überleitung von einer Depression zu neuem Konjukturaufschwung oder der Wiederaufbau einer Volkswirtschaft durch neue Investitionen gekennzeichnet ist und die Schaffung neuer Produktionsgüter und die Verstärkung der industriellen Ausrüstung geradezu die Voraussetzung einer neuen Aufwärtsentwicklung darstellt. Mit Vershofen und der „Nürnberger Schule" sieht Ludwig Erhard den Zweck der Wirtschaft im Verbrauch, d. h. der Versorgung der wirtschaftenden Menschen mit Konsumgütern in ausreichender Menge und befriedigender Güte. Dieses Ziel der Wirtschaft steht nicht im Widerspruch zu dem Wesenszug jeder Wirtschaftsverfassung, daß durch Ersparnisse, d. h. durch nicht konsumierten Arbeitsertrag diejenigen Produktionsmittel und Elemente einer wirtschaftlichen Ausrüstung geschaffen werden müssen, die zur Deckung des Bedarfes an Verbrauchsgütern notwendig sind und letzten Endes die Produktivität der Wirtschaft und dadurch Ausmaß und Gütegrad der Konsumgüterproduktion und Verbraucherversorgung steigern helfen.

Wenn Dr. Erhard eine Belebung der Konsumgüterproduktion fordert, auch wenn dadurch der endgültige Wiederaufbau des industriellen Produktionsapparates verzögert wird, dann hat er dazu die schwerstwiegenden Gründe. Auch würde ohne eine Verbesserung der dem Nullpunkt bedenklich nahen Versorgung mit Verbrauchsgütern und Lebensmitteln das auf Kosten der Konsumenten in die Zukunft hinübergerettete oder neu geschaffene Produktionskapital letzten Endes ungenutzter Schrott bleiben oder werden.

Die in Deutschland bisher noch arbeitswilligen und produktiv tätigen Menschen haben eine erdrückende Last mit unfaßlicher Geduld auf sich genommen und pflichttreu ein in der Wirtschaftsgeschichte beispiellos dastehendes Opfer durch Verzicht auf auch nur ein Mindestmaß der Versorgung mit Verbrauchsgütern gebracht. Dieses einseitige Opfer kann und darf nicht mehr lange gebracht und erwartet werden. Die arbeitenden Menschen, die Gehalts- und Lohnempfänger müssen so bald als möglich wieder ihren gebührenden Anteil am Sozialprodukt erhalten, und die Entbehrungen des Volkes müssen gelindert werden. Diesem Ziel ist alles andere unterzuordnen, und ihm soll auch eine nach Erhards Ausspruch hoffentlich recht baldige und gründliche Währungsreform dienen. Mit der Ausnutzung der bisherigen ungerechten und verfehlten Lage zu oft recht einseitigen und fehlgeleiteten Investitionen muß schleunigst Schluß gemacht werden. Ziel muß sein, gleichzeitig mit dieser Wendung und der Währungsreform oder wenigstens tunlichst bald danach zu einer nur in großen Linien gelenkten, gesamtvolkswirtschaftlich planvollen, aber in den Einzelheiten möglichst freien Marktwirtschaft zu kommen. Die Auflösung aufgespeicherter Lagerbestände an Rohstoffen, Halb- und Fertigerzeugnissen, besonders auch Konsumwaren, die „Enthortung" wird mit einer wirksam angelegten Währungsreform kommen und sich zwangsläufig durchsetzen. In unserer heutigen Lage muß zuerst an die Beseitigung der dringendsten Notstände, vor allem durch Verbrauchsbelebung und Besserung der Verbrauchsversorgung, herangegangen werden. Die Frage nach Wiederausbau des Produktionsgüterparkes ist im jetzigen Zeitpunkt eine cura posterior. Die Enthortung als zwangswirtschaftlich-bürokratische Organisation aufzuziehen, wäre ein Fehler, ein Atavismus, ein Rückfall in Methoden, die überwunden werden müssen! Die Zwangswirtschaft würde, wie Erhard betont, mit Sicherheit dazu führen, daß nicht die Bedürftigsten und Würdigen bei der Verteilung der Konsumgüter „dran wären".

Diese von Dr. Ludwig Erhard vertretenen Anschauungen, die sich hoffentlich bald in praktische Maßnahmen umsetzen lassen, finden in weitesten Kreisen der „Normalverbraucher" lebhafte und hoffnungsvolle Zustimmung. Bei seinen Maßnahmen will der neue Wirtschaftsdirektor, wie bereits angedeutet wurde, von der bestimmten und immer wieder betonten Voraussetzung einer baldigen, gründlichen, aber auch gerecht und schonend durchgeführten Währungsreform ausgehen. Diese darf aber das böse Wort, das heute umgeht, nicht wahrmachen, daß die Mächtigen als Sachwertbesitzer, die Kleinen als Geldbehaftete in die Währungsreform hineingehen müssen.

Wenn Dr. Erhard die Auflösung der vorhandenen, aus Hortung entstandenen Warenlager vor der Währungsreform aus allgemein volkswirtschaftlichen Gründen vermieden sehen will, dann ist das ein Standpunkt, der zunächst mißverständlich erscheint. Er ist es indessen dann nicht, wenn man die Sorge kennt, die sich der neue Direktor für Wirtschaft macht darum, daß nach der Währungsreform der neu entstehenden Kaufkraft in hoffentlich recht gutem Gelde eine entsprechende Deckung in Verbrauchsgütern gegenüber steht. Er kündigt ferner eine straffe Kreditpolitik, Erfassung der Gewinne aus der Auflösung der Lager, Besteuerung der Hortungsgewinne und Bildung eines Fonds zum sozialen Lastenausgleich aus der Abschöpfung der Gewinne der Sachwertbesitzer an.

B. H.

Eisenbahnen der Westzonen

Zusammenschluß am 1. April

hfg. **Baden-Baden.** Ab Anfang April werden die Eisenbahnen der drei Westzonen unter einer einheitlichen Leitung stehen. Die Eisenbahnen der französischen Zone, die sich vor einiger Zeit zur Betriebsvereinigung der südwestdeutschen Eisenbahnen zusammengeschlossen hatten, werden mit den Eisenbahnen der Doppelzone eine Betriebsgemeinschaft bilden. Der Zentralausschuß, der die Leitung der Eisenbahnverwaltung in den drei Westzonen übernehmen wird, wird seinen Sitz in Frankfurt haben.

Die französische Zone hatte bisher einen besonders empfindlichen Mangel an rollendem Material, der dadurch etwas gemildert wurde, daß die Verwaltung der französischen Staatseisenbahn laufend zwischen 10 bis 20 000 Güterwagen der Zone leihweise überlassen hat. Wie stark der Mangel an rollendem Material in der französischen Zone bisher war, ergibt sich aus der folgenden Zusammenstellung über die Bestände in der Doppelzone und in der französischen Zone:

Doppelzone: Ende Dezember 1947:	insg.:	dav. i. Dienst:	
Lokomotiven	15 327	6 734	44
Personenwagen	35 662	15 550	51
Güterwagen	319 722	231 000	72
Französische Zone: Ende September 1947:	insg.:	dav. i. Dienst:	
Lokomotiven	2 097	1 181	56
Personenwagen	4 324	2 825	64
Güterwagen	41 836	34 000	83

Aus der Gegenüberstellung dieser Zahlen ergibt sich, daß der Reparaturstand in der französischen Zone wesentlich besser ist als in der Doppelzone. So waren Ende September 83% der vorhandenen Güterwagen im Dienst und nur 17% in Reparatur, zum Großteil außerhalb der Zone, vor allem in französischen, belgischen und Schweizer Reparaturwerkstätten.

Forderungen und Schulden im Saarland

hfg. **Baden-Baden.** Zu der Verordnung Nr. 150 vom 8. März 1948 über die Erfassung von Forderungen und Schulden zwischen dem Saarland und den drei Ländern der französischen Zone, worüber wir bereits berichtet haben, hat nunmehr am 11. März der Leiter des Office de Changes eine Anweisung erlassen. Bei dieser Bewirtschaftungsstelle müssen alle in der Zone wohnenden Gläubiger und Schuldner von Forderungen gegenüber natürlichen oder juristischen Personen mit dem Wohnsitz im Saarland diese Forderungen und Schulden anmelden. Die Anmeldung muß durch Vermittlung der Zweigstellen der Landeszentralbanken erfolgen, und zwar auf Formularen, die diese Banken aushändigen. Forderungen und Schulden jedoch, die aus Handelsgeschäften nach dem 19. November 1947 entstanden sind, sind von dieser Bestimmung ausgenommen. Die Anmeldungen müssen unter allen Umständen vor dem 15. April 1948 erfolgen. Zur Abgabe der Anmeldung sind die Gläubiger oder Schuldner oder ihre Rechtsnachfolger verpflichtet, bei juristischen Personen die Direktoren, Vorsitzenden der Verwaltungsräte, Geschäftsführer von Gesellschaften oder Zwangsverwalter, oder aber jede andere Person, die gesetzlich befugt ist, sie zu vertreten.

Die hemmende Dollarklausel

(Fortsetzung von Seite 1)

nen Lieferungen umfaßt. Der deutsche Bedarf an schwedischen Waren übersteige bereits den Betrag von 130 Mill. sKr. um ein Vielfaches, abgesehen von den Erzlieferungen, die für eine Erhöhung der Stahlerzeugung notwendig seien. Schweden hat neben Erz auch andere wichtige Rohstoffe anzubieten, wie Zellstoff, während die anderen europäischen Länder vor allem ihre überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse verkaufen möchten.

Die Handelsbesprechungen mit der Türkei sind nach einer Mitteilung der JEIA bisher nicht günstig verlaufen, da die Türkei nach Ansicht der JEIA nur wenige Güter anzubieten habe, die zur Zeit für die Doppelzone in Frage kämen, darunter Tabak, Trockenfrüchte, Nüsse und verschiedene Erze. Andere Delegationen, die gleichfalls landwirtschaftliche Produkte als Gegenlieferung für Industrieerzeugnisse anzubieten hatten, konnten bisher noch zu keinem für sie günstigen Ergebnis kommen. Die Käufe dieser Länder werden daher im Hinblick auf den Dollarmangel bis auf weiteres auf lebenswichtige Güter beschränkt bleiben und erst wieder zunehmen, wenn die Doppelzone in der Lage ist, die von den Ländern angebotenen Erzeugnisse abzunehmen.

Die Abkommen der französischen Zone sind vorwiegend auf der Tauschbasis abgeschlossen worden, so daß sich für viele Länder ein Gleichgewicht in der Abwicklung des Warenverkehrs ergeben hat.

•

Persien - Hartwährungsland

In der Wirtschaftspolitik spielt der Begriff der Hartwährung jetzt eine große Rolle, die Länder mit dieser Währung sind das Ziel z. B. der englischen Ausfuhr. Die schweizerische „Finanz und Wirtschaft" schreibt in diesem Zusammenhang: „Bis vor kurzem figurierten als solche auf der englischen Liste nur die USA, Kanada, Neufundland, Lateinamerika, Schweden, die Schweiz und Portugal. Neuerdings hat man dieser Liste beigefügt Belgien, Luxemburg, Deutschland (mit Ausnahme der französischen Zone), Finnland, Südafrika, die Türkei und Persien. Deutschland ist auf die Liste gekommen, weil dort jetzt der Dollar regiert. Daß die Türken und Perser heute eine für die europäischen Völker vorbildliche Währungspolitik betreiben, ist eine Ironie der Geschichte, die sich die europäischen Volksbeglücker in den Ministersesseln hinter die Ohren schreiben sollten."

•

In Kürze:

Die JEIA hat der Schmuckwarenindustrie in Württemberg-Baden 400 kg Feingold zur Herstellung von Schmuckwaren für die Ausfuhr zur Verfügung gestellt.

Nach einer amtlichen Mitteilung werden die zurzeit gültigen Postwertzeichen sowie die Marken der Sozialversicherung bei einer Währungsreform außer Kurs gesetzt.

Ein Vertrauensmann der deutsch-amerikanischen Handelskammer in New York wird das Ruhrrevier besuchen, um Fühlung mit Deutschen aufzunehmen, die Patente in USA anmelden möchten.

Die Vereinigten Aluminiumwerke AG., Töging, in Töging bei Mühldorf a. Inn (Oberbayern), haben die Produktion von Aluminium wieder aufgenommen.

Die Kapazität der Nürnberger Bleistiftindustrie ist zu 30% ausgenützt. 1947 wurden 178 Mill. Bleistifte und Minen im Werte von 12 Mill. RM erzeugt.

Die Bayer. Lloyd-Schiffahrts-AG., Regensburg, hat den Güterverkehr mit Motorgüterschiffen zwischen Regensburg und Passau-Oberuzell wieder fahrplanmäßig aufgenommen.

Zwischen Dänemark und Spanien ist ein Handelsvertrag unterzeichnet worden. Das Abkommen, das sich auf ein Jahr erstreckt, sieht einen Warenaustausch in Höhe von 35 Mill. dKr vor.

Die italienische Staatsschuld hat 1947 um mehr als 200 Mrd. Lire zugenommen: Im Januar hatte sie erst 776 Mrd. Lire erreicht, am 31. 12. 47 stellte sie sich auf 985 Mrd. Lire. Die stärkste Zunahme war in den Monaten November und Dezember zu verzeichnen.

Die italienische Methangaserzeugung konnte 1947 auf 93 Mill. cbm gegenüber 64 Mill. cbm im Jahre 1946 gesteigert werden.

Wie der britische Brennstoffminister mitteilte, betragen die Kohlenvorräte Großbritanniens 42 Mrd. t.

Großbritannien hat in der letzten Februar-Woche, bevor es die letzten 100 Mill. $ aus der 3,75-Mrd.-$-Anleihe der USA abgerufen hat, nach einem Bericht des US-Handelsministeriums 40 548 000 $ Gold in die Ver. Staaten verschifft.

Die Entdeckung eines ergiebigen Ölvorkommens bei Diyarbekir im Tigris-Tal in der südöstlichen Türkei wurde in Istanbul bekanntgegeben.

Nach Mitteilung des Bureau of Mines erreichte die Herstellung von Primär-Aluminium 1947 in den USA 571 650 t (1946: 409 630).

Das US-Außenministerium gab bekannt, daß es in Kürze den Kongreß ersuchen wird, der Export-Import Bank die Ermächtigung zu erteilen, den latein-amerikanischen Ländern Anleihen bis zum Gesamtbetrag von 500 Mill. $ zu gewähren.

Die Compagnie Générale Transatlantique hat auf einer Werft in Dünkirchen das größte nach dem Kriege geplante französische Schiff auf Kiel gelegt. Die „Flandres" soll Raum für 683 Fahrgäste bieten.

Das Uraler Maschinenbauwerk, das größte der UdSSR, hat den Vorkriegsstand um das Doppelte gesteigert und fabriziert Großanlagen für die sowjetische Schwerindustrie, u. a. Großbagger, Erdölbohranlagen, Schienen- und Röhrenwalzstraßen.

Die Feingoldgewinnung der USA betrug im Januar 178 000 Unzen (Dez. 1947: 208 000; Jan. 1947: 217 000).

•

Verkauf einer britischen Ölgesellschaft in Rumänien

London. Nach einer Erklärung im Unterhaus wurde eine britische Ölgesellschaft in Rumänien von der rumänischen Regierung angewiesen, einen Teil ihres Kapitals in rumänischer Währung und zu von der rumänischen Regierung festgesetzten Preisen an eine russische Ölgesellschaft zu verkaufen. Die rumänische Regierung, so heißt es in der britischen Erklärung, scheine es darauf abgesehen zu haben, britische und in britischem Besitz befindliche Ölgesellschaften ohne Zahlungen in ihren Besitz zu bringen.

WIRTSCHAFTSREVUE-VERLAG GmbH., Konstanz, Chefredakteur Oskar Kraemer; Stellvertreter: Dr. H. F. Geller (Baden-Baden); verantwortlich für die Steuer-Beilage: Peter Becker (München). Zuständiges Verlagspostamt für franz. Zone: Konstanz; amer.-engl. Zone: Ettlingen/B. Druck: Oberbad, Verlagsanst. Merk & Co. KG., Konstanz. — Zuschriften an die Redaktion nicht an einzelne ihrer Mitglieder erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die Beigabe von Rückporto verpflichtet nicht zu Rücksendung unverlangt eingesandter Manuskripte. Jede mit Namen des Verfassers versehene Veröffentlichung stellt lediglich dessen Privatmeinung dar. Nachdruck oder sonstige Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Redaktion; wissenschaftliche Verwertung nur mit Quellenangabe. — Zur Zeit ist Anzeigen-Preisliste Nr. 3 gültig.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bedenkliche Kohlen-Zwischenbilanz

Soll und Haben der 3. CARE-Paketaktion — Anreiz der 3. Phase —

H. ESSEN. Anfang April 1948. Nach den Bedingungen für die Teilnahme an dem Leistungswettbewerb um das dritte CARE-Paket ist diese letzte Aktion zum Förderanreiz im westdeutschen Steinkohlenbergbau mit dem 31. März abgelaufen. Im Zuge dieser Ansporn-Aktion hat die Tagesförderung zweimal die 300 000 t - Grenze überschritten, im wesentlichen aber bei 290 000 t gependelt.

Wenn man bedenkt, daß bei Einleitung der Aktion von einer Tagesförderung von 280 000 t ausgegangen wurde, wie sie auf Grund der Bewilligung des 2. CARE-Paketes zu verzeichnen war, und die Bedingungen eine 16%ige Fördersteigerung und ein Ziel von 325 000 t forderten, so möchte man das nunmehrige Ergebnis als enttäuschend ansehen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß die Tagesförderung von 280 000 t infolge des Zusammenbruchs der Fett- und Fleischversorgung erheblich abgeglitten war und somit die neue Aktion in Wirklichkeit von einer viel tieferen Basis als 280 000 t ausgehen mußte. In der Tat war dann das Ziel auch zurückgesteckt, aber doch angenommen worden, wenigstens innerhalb der UK/US-Kontroll-Gruppe, daß es einigermaßen über 300 000 t liegen würde. Für die Erreichung dieses Zieles war dann auch eine Sonderprämie von 40 Mill. Zigaretten bereitgestellt worden, die inzwischen auch verteilt wurden.

In Kreisen des Industrieverbandes Bergbau ist eine Tagesförderung im Zuge der 3. CARE-Paketaktion nie für möglich gehalten worden. Der Verband hat die Basis von 280 000 t nicht als gerechtfertigt angesehen, da sie unter Arbeitsvoraussetzungen erreicht wurde, die nicht als normal bezeichnet werden können. Er verweist auf die Vernachlässigung der Vorrichtungsarbeiten, auf den Einsatz von Arbeitern, die sich trotz Erkrankung oder Verletzung auf eigenen Wunsch an dem Wettbewerb beteiligen, auf die Außerachtlassung bergbaulicher Vorschriften usw. Als mögliches neues Ziel hat er eine Tagesförderung von 290 000 t erwartet und sich darin offenbar auch nicht getäuscht. Das Ergebnis von 300 000 t, das zweimal montags erreicht wurde, ist offenbar unter Zuhilfenahme von Vorbereitungsarbeiten an Sonntagen zustande gekommen. Relativ betrachtet, könnte man sogar sagen, daß die jetzige Förderleistung recht hoch sei, weil die Kapazität nur bei 350 000 liegt und sich schon jetzt die vielen Mängel der Versorgung der Gruben mit Eisen, Holz und zahllosem anderen Bergbaubedarf sehr störend bemerkbar machen. Diese nun schon chronischen Mängel sowie andere zufällige Ursachen, wie die Erschöpfung eines Flözes, haben es mit sich gebracht, daß 43 Schachtanlagen, also rund ein Viertel, noch nicht in den Wettbewerb haben eingreifen können. Von ihnen liegen Anträge auf Herabsetzung des Solls von 16% und auf Fristverlängerung vor, die aus betrieblichen Gründen gerechtfertigt sein mögen. Mit Sicherheit ist jedenfalls anzunehmen, daß die 3. CARE-Paketaktion auch noch im April weiterlaufen wird.

Der ständige Förderansporn

Ob den bisherigen Maßnahmen noch eine weitere CARE-Paketaktion angeschlossen wird, muß als zweifelhaft gelten. Vielmehr wird in diesem Monat der Ansporn der 3. Phase verwirklicht werden. Danach sind die Bergleute entsprechend ihrer individuellen Leistung an dem Devisenaufkommen aus dem Steinkohlenexport beteiligt, das zur Zeit bei etwa 20 Mill. Dollar im Monat liegen dürfte. Mitte dieses Monats werden erstmalig die Einkaufsmarken auf Grund der Dollar-Cents verteilt. Alle erforderlichen Lebensmittel und Verbrauchsgüter sind im Auslande eingekauft und lagern bereits im Ruhrgebiet.

Zu den angedeuteten erfreulichen Auswirkungen gehören die letzthin verzeichnete Erhöhung der Schichtleistung der Untertagearbeiter von 1,18 t auf 1,22 t, die Abnahme der Fehlschichten und die Zunahme der verfahrenen Schichten. Der infolgedessen gestiegene Produktionsanfall und die verhältnismäßig flüssige Transportentwicklung haben in der letzten Zeit zügigere und erhöhte Auslieferungen an die deutschen Bedarfsträger ermöglicht. Für den Februar liegen die genauen Zahlen nun vor. Es wurden 5,70 Mill. t gegenüber 4,88 in der Vorperiode verteilt. Davon erhielten die Doppelzone 3,93 (3,53) Mill. t oder 101,6 (95,7) % der Planzuteilungen, die französische Zone 0,21 (0,17) Mill. t oder 102 (84,2) %, die russische Zone unverändert 0,15 Mill. t und Berlin 0,14 (0,16) Mill. t. Wie nun aus dem Zuteilungsplan für das zweite Quartal hervorgeht, sind die dem deutschen Verbrauch demnächst zur Verfügung stehenden Mengen leider niedriger. In allen Verbrauchsgruppen sind Kürzungen vorgenommen worden, und es ist nicht ersichtlich, wie die Industrie auf der knappen Industriebasis ihr Soll erfüllen kann, um so mehr, als erheblich gesteigerte Zuteilungen für notwendig erachtet werden.

So betrachtet muß man die gewiß vermehrt devisenbringende Exportsteigerung in Anwendung der Moskauer „Gleitenden Skala" auch mit einem weinenden Auge zur Kenntnis nehmen. Nachdem in der Januar-Periode noch 0,87 Mill. t Steinkohle exportiert worden waren, stieg der Ausfuhranteil im Februar auf 1,27 Mill. t an, womit 92,9% des Solls erfüllt waren, und es ist sicher, daß im März eine weitere Erhöhung erfolgt ist. Die einzelnen Länder waren wie folgt beteiligt:

Frankreich einschl. Nordafrikas	256 691	(123 369) t
Österreich	247 891	(228 830) t
Belgien	84 548	(71 512) t
Luxemburg	151 568	(236 456) t
Italien	138 308	(54 327) t
Holland	152 422	(59 480) t

Für das zweite Quartal wurde die Kohlenausfuhr von der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinigten Nationen in Genf mit 3,32 Mill. t gegen 3,28 Mill. t im ersten Quartal festgelegt, was deshalb eine drückende Belastung der Produktion des Bergbaus in der britischen Zone darstellt, weil ab 1. April die Saarkohlenförderung aus der deutschen Verwaltung herausgenommen wurde.

Verdoppelte Kokszuteilung an Frankreich

Besonders starke Erhöhungen sind in dem Zuteilungsplan der Wirtschaftskommission für die Koksexporte vorgesehen. Im einzelnen sind folgende Mengen Ruhrkoks disponiert:

Frankreich	640 000	(310 000) t
Belgien	210 000	(165 000) t
Luxemburg	100 000	(77 000) t

Diese Erhöhung stellt den Beginn einer Koksexportsteigerung dar, die den westlichen Ländern zu Ausweitung ihrer Stahlerzeugung von britischer und amerikanischer Seite zugestanden worden ist und die sich nach Überschreiten der 300 000-t-Tagesförderung an Steinkohlen auf 7,6 Mill. t Koks heben soll. Die Ruhrkokereien stehen also vor der Notwendigkeit einer erheblichen Produktionserhöhung. Zur Zeit liegt die Ruhrkokserzeugung bei 1,3 Mill. t monatlich, und das ist noch nicht die Hälfte des Monatsdurchschnitts 1938 mit 2,83 Mill. t. Hier liegt eine wichtige und allerdings auch schwierige Aufgabe vor, für deren Lösung die Deutsche Kohlen-Bergbau-Leitung in ihrem Zehnjahresplan konkrete Vorschläge machen dürfte.

Preisbereinigung

Eine besondere Sorge der DKBL bildet noch die Preisbereinigung, die erneut akut geworden ist, da die vom Kontrollrat gegen die Stimme des sowjetischen Vertreters angenommene Erhöhung des Inlandskohlenpreises zum 1. April offenbar vertagt worden ist. Der zugestandene Mehrpreis von 8 RM im Durchschnitt war von der DKBL als unzureichend bezeichnet und nicht als die notwendige Preisbereinigung angesehen worden. Die Tonne wäre dann auf durchschnittlich 23 RM gegenüber 15 RM gekommen. Seit Kriegsende haben die sogenannten Subventionen die stattliche Summe von 2 Mrd. RM erreicht. Der Preis von rund 23 RM würde die Subventionen fühlbar herunterdrücken und in der gleichen Richtung würde die Zubilligung eines noch höheren Preises wirken. Es ist verständlich, daß der Bergbau die Eigenwirtschaftlichkeit wiederherstellen möchte, andererseits würde ein voller Preisausgleich auf rund 30 RM zu einer allgemeinen Verteuerung führen. Den unter den augenblicklichen Verhältnissen optimalen Preis zu finden, ist nicht eben leicht und der Mühe sorgfältigster Erwägungen wert. Es dürfte nunmehr sicher sein, daß der Fehlbetrag von allen Ländern der Doppelzone gemeinsam gedeckt wird, und die Frage ist nur noch, inwieweit der oben erwähnte Betrag von 2 Mrd. RM, der von der Zonenkasse vorgelegt wurde, nachträglich von den Ländern übernommen wird. Man darf nicht vergessen, daß die Devisenerlöse des Bergbaus an der Ruhr entscheidend dazu dienen, Lebensmittel und Rohmaterial für die ganze Doppelzone zu importieren.

Man sieht im Ruhrrevier der Weiterentwicklung der Förderung zuversichtlich, wenn auch wegen des Näherrückens an die Kapazitätsgrenze mit einiger Beklemmung entgegen, und nicht auch ohne Vorsicht. Gerade hierfür ist es bezeichnend, daß bei dem neuen Zuteilungsplan für die deutschen Bedarfsträger im zweiten Quartal eine Tagesförderung von nur 270 000 t und täglich 10 000 t Abtransport von den Halden zugrunde gelegt worden sind.

Brücken über den Rhein

Von 42 festen Stromübergängen der Vorkriegszeit wurden bisher 13 wiederhergestellt

Die Überschrift „Brücken über den Rhein" läßt Gedanken an Bestrebungen aufkommen, die eine engere seelische Verbindung und einen politischen Ausgleich zwischen den Völkern verschiedenen nationalen Charakters diesseits des Europa von Norden nach Süden teilenden Stromes wollen. Die nachfolgenden Ausführungen gelten der rein materiellen Wiederherstellung der im Krieg zerstörten Verbindungen über den Rhein, wobei indessen nicht übersehen werden soll, daß die Erleichterung der materiellen Beziehungen eine Vorbedingung der ideellen Annäherung bildet, und also auch von diesem Gesichtspunkt her als Aufbau im besten Sinne zu begrüßen ist.

-nn- Frankfurt. Zu Beginn des zweiten Weltkrieges zählte der Rhein im deutschen Teil seines Laufes 42 feste Brücken in verschiedenartigen Eisen- und Stahlkonstruktionen, von denen 22 dem Straßenverkehr und 20 dem Eisenbahnbetrieb dienten. Bei ihrer Errichtung waren zwei Hauptforderungen maßgeblich gewesen: dem Landverkehr leistungsfähige Übergänge über den Strom zu bieten, dabei aber die Schiffahrt möglichst wenig durch Beschränkung der Fahrrinne und der Durchfahrtshöhe zu beeinträchtigen.

Als gegen Kriegsende bei den Kämpfen um den Rhein alle Brücken von Eichwald bis Wesel zerstört worden waren, ergab sich zunächst für die Alliierten aus strategischen, dann auch für die Deutschen aus wirtschaftlichen Gründen die zwingende Notwendigkeit, mit möglichster Beschleunigung wieder Stromübergänge zu schaffen. Zunächst wurden militärische Behelfsbrücken angelegt, um Vormarsch und Nachschub der französischen, englischen und amerikanischen Heere sicherzustellen. Dann mußte der Rhein wieder in die Lage versetzt werden, seiner friedenswirtschaftlichen Aufgabe zu genügen. Hierzu waren einmal Brückentrümmer und Schiffswracks aus der Fahrrinne zu entfernen und zum andern die Behelfsbrücken durch dauerhaftere Konstruktionen zu ersetzen, die den erwähnten Anforderungen des Landverkehrs und der Flußschiffahrt entsprechen.

Beide Arbeiten, die Ausräumung des Strombettes wie die Auswechslung der Notbrücken, dauern bis auf den heutigen Tag.

Unterschiedliche Gesichtspunkte

Nur wenige Brücken werden in der alten Form wiedererstehen. Bei einer größeren Zahl werden die Behelfsbauten zunächst durch solche von mittlerer Lebensdauer ersetzt, die dann ihrerseits nach einem Zeitraum von zehn bis fünfundzwanzig Jahren durch die endgültigen Konstruktionen abgelöst werden sollen. Für andere ist der Wiederaufbau zwar grundsätzlich vorgesehen, aber für unbestimmte Zeit zurückgestellt worden. Ausgeschlossen ist die Wiederherstellung jener Übergänge, die keine wirtschaftliche, sondern lediglich strategische Bedeutung gehabt haben.

Die Brückenbauarbeiten werden von deutschen Unternehmungen ausgeführt und aus deutschen Mitteln bezahlt. Die Militärregierungen jedoch geben die Aufträge für Entwurf und Ausführung, erteilen die Dringlichkeitsstufen für das Material und überwachen die Bauten. Dabei gehen sie nach unterschiedlichen Gesichtspunkten vor.

Die französische Militärregierung ist bestrebt, die wichtigsten Brücken so schnell wie möglich wieder dem Verkehr zu übergeben. Dabei hält sie die Einheitlichkeit der Konstruktion nicht für entscheidend, sondern verwendet beispielsweise für einen Neubau geborgene Bestandteile zerstörter Rheinbrücken zusammen mit militärischen Behelfsbrückengeräten alliierter und deutscher Herkunft. Infolgedessen wurden bisher im französischen Besatzungsgebiet neun feste Brücken wieder in Betrieb genommen, mehr als doppelt so viel, wie in den beiden anderen Zonen zusammen.

Die Amerikaner haben zunächst die noch während der Kampfhandlungen erbauten Stromübergänge durch leistungsfähigere, aber immer noch Behelfscharakter tragende Brücken von beschränkter Lebensdauer ersetzt. Infolgedessen besaß ihre Zone eher verhältnismäßig gute Rheinbrücken als die beiden anderen. Erst im Sommer 1947 wurde damit begonnen, die Behelfsbauten von Mannheim und Mainz durch Dauerkonstruktionen auszuwechseln, obwohl hierfür die Pläne schon seit Mitte 1946 fertig vorlagen. Neben dem Stahlmangel war für diese Verzögerung der Umstand maßgebend, daß nur das rechte Rheinufer im amerikanischen Besatzungsgebiet liegt.

Die Engländer haben den Wiederaufbau gleich auf Dauerhaftigkeit und Vorkriegsausmaße angelegt. Denn ihre Stromübergänge liegen ja im Industriegebiet Nordrhein-Westfalens, wo sowohl der Landverkehr wie die Schiffahrt am stärksten sind. Drei Brücken sind hier bereits im Verkehr, bei sechs ist die Wiederherstellung in Angriff genommen oder geplant, geht aber wegen der Stahlknappheit nur langsam voran.

Heutiger Zustand der Vorkriegsbrücken

Welche von den festen Brücken der Vorkriegszeit im Frühjahr 1948 wieder im Verkehr stehen, welche im Wiederaufbau begriffen sind und welche nicht wiederaufgebaut werden sollen, ist in der folgenden Übersicht, dem Stromlauf von der schweizerischen bis zur holländischen Grenze folgend, zusammengestellt worden:

Eichwald: Eisenbahnbrücke; wieder im Verkehr.

Breisach: früher Eisenbahnbrücke; als Straßenbrücke wiederhergestellt.

Straßburg: Straßenbrücke; durch Holzbrücke ersetzt.

Straßburg: Eisenbahnbrücke; wieder im Verkehr.

Roppenheim: Eisenbahnbrücke; im Wiederaufbau begriffen.

Maxau: Doppelbrücke für Straße und Eisenbahn; beide Brücken wieder im Verkehr.

Germersheim: Eisenbahnbrücke; Wiederherstellung auf unbestimmte Zeit verschoben.

Speyer: Doppelbrücke für Straße und Eisenbahn. Einer der beiden Brückenbogen gehoben. Gegenwärtig keine Pläne für Fertigstellung.

Mannheim: früher Doppelbrücke für Straße und Eisenbahn. Eisenbahnbrücke wieder im Verkehr. Straßenbrücke für Wiederaufbau vorgesehen und vorläufig durch Hilfsbrücke ersetzt.

Frankenthal: Straßenbrücke; wird nicht wiederaufgebaut.

Worms: Straßenbrücke; zur Zeit keine Pläne für Wiederaufbau.

Worms: Eisenbahnbrücke; im Wiederaufbau begriffen.

Gernsheim: Straßenbrücke; wird nicht wiederaufgebaut, weil nur strategische Bedeutung

Mainz-Kastel: Straßenbrücke; im Wiederaufbau begriffen, vorläufig durch Hilfsbrücke ersetzt.

Mainz-Süd: Eisenbahnbrücke; im Wiederaufbau begriffen vorläufig durch Hilfsbrücke ersetzt.

Mainz-Nord: Eisenbahnbrücke; gegenwärtig keine Wiederaufbaupläne.

Rüdesheim: Eisenbahn-Brücke; wird nicht wiederaufgebaut.

Koblenz-Horchheim: Eisenbahnbrücke; wieder im Verkehr.

Koblenz-Pfaffendorf: Straßenbrücke; wieder im Verkehr.

Engers: Eisenbahnbrücke; soll in diesem Jahr wiederhergestellt werden.

Neuwied: Straßenbrücke; durch neue 540 m stromabwärts gelegene Brücke ersetzt.

Remagen: Eisenbahnbrücke; wird nicht wiederhergestellt, weil nur strategische Bedeutung.

Bonn: Straßenbrücke; baldiger Wiederaufbau vorgesehen.

Rodenkirchen: Straßenbrücke; wird nicht wiederaufgebaut.

Köln, Südbrücke: Eisenbahnbrücke; wieder im Verkehr.

Köln, Hängebrücke: Straßenbrücke; im Wiederaufbau begriffen.

Köln, Hohenzollernbrücke: früher Doppelbrücke für Eisenbahn und Straße. Nur die Straßenbrücke wird wiederaufgebaut.

Köln, Mühlheimer Brücke: Straßenbrücke; wird nicht wiederaufgebaut.

Düsseldorf-Neuß: Straßenbrücke; wird nicht wiederaufgebaut.

Düsseldorf-Hamm: Eisenbahnbrücke; wieder im Verkehr.

Düsseldorf-Oberkassel: Straßenbrücke; soll in diesem Jahre fertiggestellt werden.

Krefeld: Straßenbrücke; wird wiederaufgebaut.

Duisburg-Rheinhausen: Eisenbahnbrücke; gegenwärtig keine Wiederaufbaupläne.

Duisburg-Hochfeld: Straßenbrücke; baldige Wiederherstellung vorgesehen.

Duisburg-Homberg: Straßenbrücke; keine Wiederaufbaupläne.

Baerl: Eisenbahnbrücke; wieder im Verkehr.

Wesel: Straßenbrücke; keine Wiederaufbaupläne.

Wesel: Eisenbahnbrücke; soll wiederaufgebaut werden, aber es liegen noch keine Pläne vor.

Vor großen Aufgaben

Von den 42 festen Brücken der Vorkriegszeit konnten also bisher 13 wieder in Betrieb genommen werden, und zwar 5 Straßenbrücken und 8 Eisenbahnbrücken. Bei gleichfalls 13 — nämlich 8 Straßen- und 5 Eisenbahnbrücken — ist die Wiederherstellung in Angriff genommen oder für einen festen Zeitpunkt geplant. Demgegenüber besteht bei 8 Brücken — 4 von jeder Gattung — die Absicht, sie wiederaufzubauen, ohne daß bisher verbindliche Pläne vorliegen. Und bei 5 Straßenbrücken sowie 3 Eisenbahnbrücken soll aus strategischen Gründen der Wiederaufbau unterbleiben.

Die Erhöhung der Kohlenförderung, die angestrebte Vergrößerung der industriellen Erzeugung und die Vermehrung der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, besonders auch im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan, läßt in absehbarer Zeit ein erhebliches Ansteigen des Landverkehrs wie der Rheinschiffahrt erwarten. Wenn bedrohliche Engpässe vermieden werden sollen, muß die Verkehrswirtschaft des Rheins auf volle Leistungsfähigkeit gebracht werden. Hierzu sind erforderlich völlige Ausräumung des Strombettes von Brückentrümmern und Schiffswracks, Ausbesserung und Ergänzung des Fahrzeugparkes, sowie eine beträchtliche Vermehrung der dem Verkehr wieder geöffneten Brücken.

Ausbau des Bahnnetzes in Bayern

München. Das bayerische Verkehrsministerium hat eine stärkere Erweiterung des elektrisch betriebenen Linienneges der bayerischen Bahnen in Aussicht genommen. Der Schwerpunkt dieses Umbaues wird vornehmlich in Nordbayern liegen, wo im Verkehr sowohl als auch im Betrieb die Voraussetzungen hierfür gegeben sind, und zwar in den Strecken Nürnberg—Regensburg (101 km), Aschaffenburg—Nürnberg mit 191 km (die Strecke von Nürnberg-Fürth bis München wird bereits elektrisch geführt), Dachau—Würzburg mit 259 km. In Aussicht genommen sind für das Ergänzungsprogramm die Strecken Regensburg—Passau, Augsburg—Welheim, München—Holzkirchen—Rosenheim, sowie die Anschlußbahnen nach Lenggries und Bayerisch-Zell. Das gesamte auf 5 Jahre hinaus bemessene Umstellungsprogramm schließt damit praktisch die Hauptlinien des ganzen bayerischen Eisenbahnneges ein. Von den 7718 km der bayerischen Eisenbahnen sind bis jetzt 1200 km elektrisch betrieben; mit Regensburg—Nürnberg, Nürnberg—Aschaffenburg und Würzburg-Dachau wird diese Zahl auf 2000 km erhöht, die, eine einigermaßen günstige Entwickelung vorausgesetzt, in fünf Jahren erreicht werden könnte.

Der jetzige Dampfbetrieb auf den meisten bayerischen Strecken erfordert täglich 4000 t hochwertiger Ruhrkohlen. Diese Mengen können nach Durchführung der vorhin erwähnten Elektrifizierungspläne hauptsächlich der Industrie und Wirtschaft zugeführt werden.

Personenverkehr stark angestiegen

Nürnberg. Der Personenverkehr der Reichsbahn im Bereich des Direktionsbezirks Nürnberg war 1947 3,8mal stärker als 1936. 1936 wird dabei als das Jahr angesehen, das einem Normaljahr mit Friedensbetrieb am nächsten kommt. Der Stückgutverkehr betrug dagegen im gleichen Direktionsbezirk 1947 nur 40% des Verkehrs von 1936. Der Betriebsbestand an Dampflokomotiven erreichte die Zahl von 847 gegenüber 745 im Vergleichsjahr 1936. Hiervon waren 1947 482 Lokomotiven gegenüber 651 im Jahre 1936 betriebsfähig.

Infolge der Güterwagenknappheit konnten nur 40 % der Wagen von 1936 gestellt werden. Der Versand und Empfang an Ladungsgütern belief sich aber trotzdem 1947 auf 98 % der Mengen des Jahres 1936, weil die Güterwagen 1947 wesentlich stärker ausgelastet wurden als 1936.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wir greifen auf:

Wer würde tauschen?

Vor kurzem sind, wie wir meldeten, auf Weisung ihrer Gewerkschaft die Bergarbeiter der amerikanischen Braunkohlenunion in den Streik getreten, um Zusicherungen für die Altersversorgung der Bergleute zu erlangen. Die Kämpfe zwischen den amerikanischen Unternehmern und Gewerkschaften sind bisweilen sehr heftig, es ist jedoch völlig falsch anzunehmen, daß die Tätigkeit der amerikanischen Gewerkschaften sich nur auf Lohnverhandlungen beschränkt. So haben die amerikanischen Gewerkschaften verschiedene Erziehungsaufgaben übernommen, sie arbeiten an der Rationalisierung ihrer Betriebe tätig mit u. s. f. Man kann heute sagen, daß sie das Wohl der Arbeiter in der Schaffung und Erhaltung prosperierender Privatbetriebe sehen, die dauerhafte und reichliche Gewinne erzielen. Denn nur solche schützen die Mitglieder der Gewerkschaften vor Arbeitslosigkeit und sichern ihnen auskömmliche Löhne.

Den Vereinigten Staaten ist es gelungen, ohne Erschütterungen von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft überzugehen. Heute arbeiten in der amerikanischen Wirtschaft rund 60 Millionen Menschen. Die durchschnittlichen Löhne und Gehälter (1940 = 100) zeigen ein steiles Anwachsen bis auf nahezu 200 zum Jahresschluß 1947. Legt man den Ziffern den Geldwert von 1940 zugrunde, so ergibt sich ein Ansteigen auf etwa 145 zu Anfang 1946, dann erfolgte ein Abfall auf 125. Seither verharrt die Ziffer, abgesehen von kleinen Schwankungen, etwas über der Linie 120, d. h. die Einkommen der amerikanischen Arbeitnehmer haben derzeit die Kaufkraft von fünf Vierteln der Vorkriegszeit. Hierin drückt sich also ein in der ganzen Welt unerreichter Wirtschaftserfolg aus. Es sei noch hinzugefügt, daß die Löhne und Gehälter der amerikanischen Arbeitnehmer jederzeit voll und ganz in Nahrungsmitteln, Kleidung etc. angelegt werden können, und zwar ohne Bezugschein, Formular, Stempel, Registrierung und Lieferzusage. Es ist also ein Hirngespinst, daß amerikanische Arbeitnehmer sich für eine Änderung der derzeitigen Produktionsform entscheiden würden, oder daß die amerikanischen Gewerkschaften sich je mit einem solchen Gedanken befaßten. Prägnant und witzig hat vor kurzem ein Blatt die Lage charakterisiert: Ein amerikanischer Gewerkschaftler kommt nach Prag und wird in eine Fabrik geführt, vor der eine Menge Autos stehen. Die tschechischen Arbeiter erklären ihm stolz, daß diese Fabrik nun ihre Fabrik sei. Der Amerikaner wagt die Frage, wem die vielen Autos gehörten. Etwas betreten wird ihm erwiedert, das seien die Autos der Direktoren. Ein tschechischer Gewerkschaftler besucht die USA, also ein kleiner Gegenbesuch. Er kommt zu einer großen Fabrik, wahrscheinlich für Suppenwürfel oder ähnliches, vor der ebenfalls sehr viele Autos stehen. „Diese Fabrik gehört dem Mr. Smith", erklärt ihm der amerikanische Begleiter. „Und die vielen Autos?", fragt der tschechische Gewerkschaftler, — „Ja, die gehören — den Arbeitern".

*

Reisende hinter Gittern

Auf den großen Fernstrecken sah sich die Eisenbahn neuerdings dazu gezwungen, die Fenster zu vernageln! Holzlatten schützen die Scheiben und hindern die Reisenden daran, durch die Fenster ein- und auszusteigen oder ihr Gepäck hindurchzureichen. Nun schimpfen die Menschen natürlich und — haben doch selber Schuld! Wer einmal miterlebt hat, wie unvernünftig, man möchte beinahe sagen völlig wahnsinnig, sich ein Teil — und leider der größte — der Reisenden auf den großen Bahnhöfen, wie Hamburg, Hannover, Essen, Heidelberg u. a. benimmt, wird die Maßnahme der Deutschen Eisenbahn voll verstehen.

Ja, nun sitzen die Reisenden da hinter den Holzstrallen, fühlen sich eingesperrt, schimpfen auf den unsinnigen Holzverbrauch und reden von dem „rollenden KZ". Wer aber einmal mit einem Schaffner gesprochen hat und so ganz nebenbei erfährt, daß auf größeren Strecken bis zu 20 und 25 Prozent der nicht ersetzbaren Fensterscheiben zertrümmert wurden, der wird verstehen, warum die Reisenden nun „hinter Gittern" sitzen müssen. Sicher kostet die „Vernagelung" der Fensterscheiben eine Unmasse Holz, das bestimmt zu besseren Zwecken hätte verwendet werden können, aber gegenüber der Zerstörung des Glases ist dieser Holzverbrauch immer noch das kleinere Übel. Sicher ist es für den Reisenden nicht angenehm, so eingesperrt und hinter Trallen zu sitzen, aber Schuld an diesem Zustand trägt das reisende Publikum eben zum Teil selbst. Entweder weil es selber nicht einsah, daß Fenster nicht zum Ein- und Aussteigen sind und daß unnötiges Drängeln und Schieben keinen Sinn hat, oder weil die vernünftigen und verständigen Menschen ihre Mitmenschen nicht daran hinderten, sich so aufzuführen, daß eben soviel Scherben entstanden. — Im übrigen — in diesem Zusammenhang nur kurz erwähnt — wenn das Glühbirnenstehlen in den Zügen nicht aufhört, werden wir bald nicht nur hinter Gittern, sondern wohl auch nachts wieder im Dunkeln reisen! hm.

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

In Oberwinter (Rheinland-Pfalz) ist jetzt der Internationale Fachverband der Hotel-, Restaurations- und Kaffeehausangestellten für Deutschland wieder gegründet worden. Für den Neuaufbau des Fremdenverkehrs hat diese Gründung große praktische Bedeutung, weil mit diesem Verband nicht nur ein umfangreiches Nachweisesystem für Arbeitskräfte, sondern auch Schulungs- und soziale Einrichtungen verbunden sind. Der amtliche Name des Verbandes ist „Genfer Verband-Union Ganymed".

•

Am 8. April wird der Verband der Hotel- und verwandten Betriebe für Südbaden in Freiburg seine Hauptversammlung abhalten. Über die Lage der Hotelbetriebe und des Fremdenverkehrs wird Hoteller Trescher sprechen, während Oberregierungsrat Seeger vom Badischen Finanzministerium die Fragen der Vergütung für die beschlagnahmten Betriebe und der Entschädigung der Kriegs- und Besatzungsschäden behandeln wird.

•

In den letzten Wochen nahmen die Beratungen für die Ingangsetzung des normalen Fremdenverkehrs ihren Fortgang. Verschiedene größere Hotels von internationalem Ruf wurden bereits für den ausländischen Reiseverkehr freigegeben.

•

Wie uns vom Außenhandelszentralamt der französischen Zone mitgeteilt wird, ist das Handelsabkommen zwischen der französischen Zone und Italien, über das verschiedene Zeitungen bereits Einzelheiten gemeldet haben, noch nicht abgeschlossen. Die Einzelheiten des Warenaustausches liegen noch nicht fest. Mit dem Abschluß ist erst in einiger Zeit nach Klärung verschiedener Fragen zu rechnen.

•

Ab 1. April 1948 wird der gesamte Warenaustausch, der in dem auf Grund eines gemeinsamen Übereinkommens zwischen dem Saarlande und der französ. Besatzungszone festgesetzten Programm vorgesehen ist, in Dollars verrechnet. Die Lizenzen werden deshalb in Dollars ausgestellt. Die Transportkosten auf der deutschen Eisenbahnstrecke in der französischen Besatzungszone werden direkt vom Importeur bezahlt.

•

Die Lage der Mayener Stein-Industrie erfährt langsam eine stete Besserung. Besonders ist die Ankurbelung der Tuffstein-Industrie bemerkenswert. Die Produktion ist maßgeblich für das rheinisch-westfälische Industriegebiet bestimmt. Die Steinarbeiter erhalten Sonderzuteilungen von Rauchwaren, Schuhen und Bekleidungsstücken.

•

Die Neuwieder Farbenfabrik Neuwied-Oberbieber, die Erd-, Mineral- und chemische Farben herstellt und über eigene Mahl- und Schlemmwerke verfügt, ist seit Juli 1945 wieder in Betrieb. Das Unternehmen hat seitdem große Materialmengen für den Wiederaufbau und sonstige wichtige Bedarfszwecke zur Verfügung gestellt.

•

Die in Koblenz ausgebombte chemisch-pharmazeutische Fabrik Willi Hof hat ihren Betrieb nach Neuwied verlegt und entfaltet dort eine rege Produktionstätigkeit. Außer verschiedenen Desinfektionsmitteln werden Heil-, Haut- und Wundsalben, hygienische Waschmittel und medizinische Seifen hergestellt. Eine Arzneimittelabteilung befindet sich im Aufbau. Das Werk ist mit modernen Maschinen- und Abfüllereinrichtungen ausgestattet. Schwierigkeiten bereitet die Heranschaffung des Verpackungsmaterials, wie Einheitsflaschen, Glastöpfen, Dosen usw.

•

Im Werk Hönisugen der Kali-Chemie AG. werden gegenwärtig nur Schwefelbarium, Schwefelkarbonat, Schwefel und Mahlschwefel produziert. Das Unternehmen beschäftigt nahezu 250 Arbeitskräfte (im Jahre 1939 über 430).

Englische Zone

Das Steueraufkommen in der britischen Besatzungszone belief sich in der Zeit vom 1. 4. bis 30. 11. 47 auf rd. 6,1 Mrd. RM. Davon entfallen auf den Zonenhaushalt 3,2 Mrd. RM und auf die Länderhaushalte 2,9 Mrd. RM. Die Steuereinnahmen für den Zonenhaushalt beruhen in erster Linie auf den Erträgen der Einkommen-, Lohn-, Körperschaft- und Beförderungssteuer. Einkommen- und Lohnsteuer stehen dabei mit 2,5 Mrd. RM weitaus an der Spitze. Die Steuereinnahmen für die Länderhaushalte setzen sich zusammen aus direkten Steuern, wie Umsatz-, Vermögen- und Kraftfahrzeugsteuer, deren Aufkommen rd. 2 Mrd. RM betrug, und indirekten Steuern, wie Tabak-, Alkohol-, Zucker-, Bier- und Essigsteuer, auf die restliche 0,9 Mrd. RM entfallen. Die Tabaksteuer allein erbrachte 0,5 Mrd. Reichsmark.

•

Der Rundfunkgerätebau Niedersachsen, Winsen (Luhe), hat einen Empfänger konstruiert, der nicht größer als 11 × 7 × 5,5 cm ist und nur 550 g wiegt. Es handelt sich um einen Allstrom-Dreiröhren-Einkreiser. Der Apparat hat zwei Wellenbereiche (Kurzwelle und Mittelwelle) und erlaubt den Empfang von mehr als 40 Sendestationen; er wird vorläufig nur handwerklich gefertigt, da Materialschwierigkeiten eine Serienfabrikation noch nicht zulassen.

•

Von der JEIA wurden dieser Tage Handelsabmachungen für den Export deutscher Volkswagen nach Belgien und den Niederlanden angekündigt, nach denen mindestens 1000 Wagen jährlich über die Firma D'Ietren Frères in Brüssel nach Belgien gehen sollen. Die Anzahl für die Niederlande, wo die Pon Automobil Mij in Amsterdam als Agentur auftritt, steht noch nicht fest. Der Exportpreis für den Volkswagen beträgt 200 £ (800 $).

•

Wie das Zonenamt des Reichsaufsichtsamtes für das Versicherungswesen (britische Zone) in Hamburg mitteilt, sind nunmehr als weitere schweizerische Gesellschaften die Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft Helvetia in St. Gallen und die Alpina Versicherungs-AG. in Zürich zur Aufnahme des Neugeschäfts in der Transportversicherung für die britische Besatzungszone Deutschlands zugelassen worden.

•

Die Nachfrage nach Tempowagen ist nach Mitteilung der Firma Vidal & Sohn in Hamburg-Harburg im In- und Ausland sehr stark, kann jedoch wegen der ungenügenden Materiallieferungen und Energieversorgung nur zu einem geringen Prozentsatz befriedigt werden. Die Nachkriegsfertigung des Tempo-Werkes belief sich bis November 1947 auf insgesamt 3145 Wagen, von denen 71% der zivilen Wirtschaft der Doppelzone, 24% für Sonderzwecke und 5% für den Export zur Verfügung gestellt wurden. Im laufenden Jahr soll auch die französische Besatzungszone beliefert werden.

•

Die sieben Kaliwerke der britischen Zone haben 1947 etwa 210 000 t Reinkali abgesetzt. 30% davon entfallen allein auf das Werk Salzdetfurth der Vereinigte Kaliwerke Salzdetfurth AG. Mit einer Monatsproduktion von 6000 bis 7000 t Reinkali steht es an der Spitze der Kaliwerke der britischen Zone. Als Fertigprodukt werden ein Düngesalz mit 40 bis 50% Reinkaligehalt und Industriechlorkalium hergestellt, dessen Reinheit bis zu 99% ansteigt, als Nebenprodukte Chlormagnesium und Brom.

•

An der im Mai stattfindenden Exportmesse in Hannover werden sich rund 1900 Aussteller beteiligen oder 50% mehr als im Vorjahr. Die Textil- und Bekleidungsindustrie stellt mit 245 Ausstellern die stärkste Gruppe. An zweiter Stelle steht die Eisen- und Stahlverformung mit 227 Ausstellern. Es folgen der Maschinenbau mit 171, der Fahrzeugbau mit 156, die Schuh- und Lederwarenindustrie mit 150, Feinmechanik und Optik mit 140, die Elektro- und Radioindustrie mit 130 und Schmuckwaren mit 125. Die Aussteller werden auf sechs Hallen und sehr Behelfsbauten branchenmäßig aufgeteilt.

•

Nach einer Mitteilung der Vereinigung der Banken und Bankiers im Rheinland und Westfalen trägt sich die Allgemeine Elsässische Bankgesellschaft in Straßburg mit dem Plan, in Köln nach der Wiederherstellung ihrer alten Geschäftsräume, die in kurzer Zeit zu erwarten ist, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Die Hauptinteressen der Kölner Niederlassung lagen früher in der Abwicklung großer Import- und Exportgeschäfte, vor allem aber in der Finanzierung der großen Gemüseimporte, die von Frankreich, insbesondere von Südfrankreich und Italien nach Westdeutschland geleitet wurden.

•

Amerikanische Zone

Die im Vorjahr gekürzte Papierzuteilung für die Zeitungen der amerikanischen Zone wird auf Grund vergrößerter Herstellung ab 1. April um 20 bis 25% erhöht. Die vermehrte Zuteilung soll zur Erweiterung des Umfanges der Blätter, dagegen nicht zur Auflagenerhöhung verwandt werden.

•

Auf der vom 29. April bis zum 14. Mai stattfindenden Mailänder Messe können gemäß Genehmigung der Verwaltung für Wirtschaft siebzehn hessische Unternehmungen der chemischen, optischen, Elektrizitäts- und Sanitätsbedarfsindustrie ihre Erzeugnisse ausstellen.

•

Die monatliche Erzeugung von 45 Mill. Streichholzschachteln in der Doppelzone gestattet die Ausgabe einer Schachtel je Monat und Einwohner. Die Erfassung und Verteilung wird von der Verwaltung für Wirtschaft vorgenommen.

•

Im Bezirk Kassel sind nur 17 von 33 Kalkwerken mit Kohle beliefert worden, wie die Industrie- und Handelskammer mitteilt. Infolgedessen war die Hälfte der Werke gezwungen, zu Beginn ihrer auftragsreichsten Zeit die Arbeit einzustellen.

•

Am 1. April wird der in Weinheim bei Mannheim befindliche Sanitätspark der amerikanischen Wehrmacht an die STEG übergeben. Er enthält Arzneien und Chemikalien, Verbandstoffe, chirurgische, zahnärztliche und Krankenhauseinrichtungen und Bedarfsartikel, sowie Röntgen- und Laboratoriumseinrichtungen im Anschaffungswert von 3 Mill. $, welche der Wirtschaft der Doppelzone für 21% des ursprünglichen Preises überlassen werden.

Die Spiegelglas-Union AG., Fürth i. B., hat nunmehr auch die Herstellung von Konservengläsern vorerst in kleinerem Maßstab aufgenommen. Die Herstellung soll sich anfangs auf 250.000 Stück pro Monat beschränken, die über die Regierungswirtschaftsämter verteilt werden.

Hessen konnte im Januar Waren im Werte von 2,2 Mill. $ ausführen. Den wesentlichen Anteil an diesen Lieferungen haben chemische Produkte, Farben und optische Instrumente. 540 Lieferungen in 17 Länder wurden im Januar durchgeführt, darunter eine Lieferung von Farben im Werte von 100 000 $ nach Hongkong.

•

Im Jahre 1947 kamen etwa die Hälfte der in Bayern hergestellten Porzellanwaren zur Ausfuhr oder wurden für Exportzwecke zurückgestellt. Die Exportaufträge beliefen sich 1947 auf 8,7 Mill. Doll., wovon je 2,6 Mill. Doll. auf USA und die Schweiz und 1,2 Mill. Dollar auf Schweden entfallen. Insgesamt wurden 50,4 Mill. Stück Gebrauchs- und Zierporzellan erzeugt, davon verblieben für den Normalverbraucherbedarf 16 Mill. Stück und 6 Mill. Stück für das Ruhr-Bergarbeiter-Programm.

•

Das bayer. Staatsministerium des Innern hat die Innwerke AG., Töging (Elektrizitätswerk) mit dem beschleunigten Bau von drei weiteren Inn-Kraftwerken beauftragt. Zunächst handelt es sich um den Ausbau der Kraftstufe bei Neuötting am Inn, zwischen Mühldorf a. I. und Simbach a. I. Diese wird mit einer Leistung von über 32.000 PS neben der Überlandversorgung der chemischen Industrie am Inn und der wiedergenehmigten Aluminiumerzeugung in Töging zugute kommen.

•

Die Stromversorgung der bayerischen Wirtschaft war in diesen Wintermonaten erheblich besser als in den Krisenmonaten des Jahres 1947. Mit über 290 Mill. kWh lag die gesamte öffentliche Stromversorgung um etwa ein Drittel über dem Stand von Sept.-Oktober 1947 und um ein Sechstel über dem vom Januar 1947.

Ostzone

In Berlin W 8, Leipziger Straße 123a, ist ein „Export-Musterlager Berlin für die sowjetische Besatzungszone" gegründet worden. Das Musterlager soll eine Dauerausstellung der in der Ostzone erzeugten Industrieprodukte darstellen, in der in erster Linie Muster, Werbeplakate, Zeichnungen, Fotos und Modelle der verkaufsbereiten Waren vorgeführt werden. Handelsfirmen der Westzonen und des Auslandes sollen durch diese Dauerausstellung mit den export- und wettbewerbsfähigen Erzeugnissen der Zone bekannt gemacht werden.

•

Von dem Werk Süd des „Elektrochemischen Kombinats" in Bitterfeld werden auf Grund der letzten Berichte Düngemittel, und zwar in erster Linie Ammon-Salpeter produziert, ferner Aetznatron für die Zellwollindustrie, Kaliumhit-Aeronat für die Lederindustrie, Kaliumpermanganat für die Heilmittelindustrie, Cesarol als Kartoffelkäfervertilgungsmittel und Igelit für die Schuhwaren-, Textil- und Bekleidungsindustrie.

•

Von der Glashütte Heye wird neuerdings Fensterglas dadurch erzeugt, daß Kappen und Böden der früher mit Diamanten abgeschnittenen Glaszylinder durch elektrisch geheizte Drahtschlingen abgesprengt werden. Die Glashütte Glumowski & Faber (Kostebau) verwendet in jüngster Zeit eine Berieselungsanlage vor den Glasöfen, mit deren Hilfe die Temperatur bis auf die Hälfte der Hitzegrade herabgedrückt werden kann.

•

Um die Schwefelsäureerzeugung auf der Höhe des Vorjahres halten zu können, will die SMA bis Juni 1948 60 000 t Schwefelkies einführen. Für das erste Vierteljahr 1948 sollen 32 600 t gegenüber etwa 28 500 t im vierten Vierteljahr 1947 erzeugt werden. Die Produktionsmenge des ersten Vierteljahres 1948 verteilt sich wie folgt: Superphosphatfabriken 16 200 t, die übrige chemische Industrie 3 000 t, die Kunstfaserindustrie 4 000 t, die übrigen deutschen Nutznießer 1 400 t und die russischen Aktiengesellschaften 8 000 t.

•

Die Bleichert-Transportanlagen-Fabrik, Leipzig, ein bekanntes Industriewerk, das 5000 Transportanlagen in allen Erdteilen errichtete, wurde jetzt wieder aufgebaut. Mit 1850 Mann Belegschaft (gegenüber 2000 in der Vorkriegszeit) fertigt es wieder Drahtseilbahnen, Elektro-Hängebahnen, Elektrokarren, Förderbänder, Kugelschauffler und Plattenbänder.

•

Non olet!

Nein, es riecht nicht, das Geld nämlich, das der Staat einnimmt aus an sich verbotenen Geschäften. Wieso? Nun, lesen Sie!

In einer norddeutschen Hafenstadt besuchen wir ein Restaurant. Im Zweifel, was wir zu uns nehmen sollen, streicht plötzlich wundervoller Kaffeeduft unter unserer schnuppernden Nase dahin und da hören wir auch schon, wie der Kellner laut und vernehmlich „zwo Bohnenkaffee" bestellt. Der Preis für eine Tasse echten Kaffees soll zwischen 4 und 6 Mark schwanken. — In einem anderen Lokal wird Schnaps angeboten, ganz frisch, fromm, fröhlich und frei! Das Glas kostet zwischen 6 und 10 Mark, je nach Güte der alkoholischen Flüssigkeit und des Lokales.

Wie man uns berichtet, muß der Gastwirt nur nachweisen können, was er für den Kaffee oder den Schnaps bezahlt hat. Fein säuberlich wird ihm dann unter Umständen durch zwei Angestellte bestätigt — der Name des Verkäufers bleibt natürlich im Dunkeln! — Dann wird in die Buchführung dieser Betrag eingesetzt, in der Einnahme erscheinen die Erlöse für die verkauften Tassen Kaffee oder die ausgeschenkten Schnäpse — alles bringt Umsatzsteuer, Getränkesteuer, Einkommensteuer! Tableau.

Die Finanzämter freuen sich über die erhöhten Steuereingänge, die Kaffeefreunde sind zufrieden, daß sie nun auch mal eben schnell eine Tasse Kaffee unterwegs in irgendeinem Lokal trinken können und nicht immer gleich hunderte von Mark ausgeben müssen, um sich ihren Kaffee zu Hause zu halten, und wer gerne mal ein bißchen was Herzhaftes in Form von Alkohol trinkt, der freut sich auch. Hier und da scheint man allerdings den Kaffeeausschank nicht „stillschweigend zu dulden", der Schnapsausschank ist aber überall bereits zur Selbstverständlichkeit geworden.

An sich also Freude auf allen Seiten! Uns drängt sich nur die Frage auf, wie man in diesen Gegenden noch Schwarzhandel bestrafen will, wenn man als Staat oder Stadt an dem Verkauf von Schnaps oder Kaffee zu — drücken wir es vornehm aus — Überpreisen selbst verdient! Mit dem Bestrafen wird es ja aber eines Tages dann wohl ganz Schluß sein müssen, wenn es keinen Richter und keinen Staatsanwalt und keinen Schöffen und keinen Geschworenen mehr gibt, vielleicht nicht einmal mehr einen Protokollführer, die nicht auch von den verbotenen Früchten genossen haben und die sich nicht wegen „Schwarzkaufes", und sei es nur von ein paar Zigaretten, befangen erklären müssen!! — hm.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Weitere Kredite für Großbritannien

Washington. Der internationale Währungsfonds hat beschlossen, Großbritannien einen Vorschuß von 60 Mill. $ zu gewähren. Bisher erhielt Großbritannien vom internationalen Währungsfonds Kredite von insgesamt 300 Mill. $.

Ägyptischer Auftrag an die französische Industrie

Paris. Die französische elektrotechnische Gesellschaft Alsthom erhielt einen ägyptischen Auftrag auf Lieferung verschiedener Maschinen und Einrichtungen. Es handelt sich um zwei Generatoren von je 10 000 kW und einen Generator von 20 000 kW, sowie um fünf Dampfkessel und die dazu gehörenden Apparate für eine elektrische Zentrale und Heizanlage, die nördlich von Kairo errichtet werden soll.

Französische Interessen in Argentinien

Buenos Aires. Die ehemaligen französischen Eisenbahngesellschaften in Argentinien, die Santa-Fe-Bahn und die Provinzbahn in Buenos Aires, sind von der argentinischen Regierung enteignet worden. Der bezahlte Kaufpreis wird für Vorschüsse auf Fleisch- oder Wollkäufe Frankreichs verwendet werden. Da Frankreich eine große Clearingschuld in Argentinien besitzt, wollen sich nun verschiedene Firmen an den Bauten des argentinischen Fünfjahres-Planes beteiligen, namentlich für die Wasserversorgung Nordargentiniens. Frankreich wäre geneigt, Maschinen und Arbeiter zur Verfügung zu stellen.

Aus der französischen Glasindustrie

Paris. Die französische Glasindustrie hat sich am schnellsten von den Kriegsfolgen erholt und hat bereits 1946 mit 550 000 t die Vorkriegserzeugung überschritten. 1947 betrug die Produktion 656 900 t. Auffallend an der Entwicklung der Produktionsziffern ist die kontinuierliche Aufwärtsbewegung der Erzeugung.

Die Ausfuhr der französischen Glashütten bewegte sich vor dem Krieg mit etwa 105 Mill. fFr in engen Grenzen. Während des Krieges fiel die Ausfuhr nicht ins Gewicht. 1945 erreichte sie 32 Mill. fFr und stieg 1946 auf 952 Mill. und 1947 auf 2,4 Mrd. fFr. Davon entfielen 790 Mill. fFr auf Flachglas, 490 Mill. auf Trinkgefäße und 460 Mill. auf Flaschen und Glasbehälter. Der Hauptabnehmer französischen Glases war im Vorjahr Großbritannien mit 533 Mill. fFr, dann folgten die Schweiz mit 212 Mill., die belgisch-luxemburgische Union mit 190 Mill., die Niederlande mit 170 Mill., die USA mit 135 Mill. Die Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt sind noch immer die Tschechoslowakei und Belgien, wogegen Deutschland als Konkurrent ausgefallen ist.

Handelsvertrag Holland-Argentinien

Den Haag. Zwischen den beiden Ländern wurde für die Dauer von fünf Jahren ein Handels- und Zahlungsabkommen unterzeichnet, das den Grundsatz der Gegenseitigkeit vorsieht. Holland verpflichtet sich, jährlich 150 000 t Brotgetreide und 300 000 t Futtergetreide sowie andere Erzeugnisse zu beziehen, sofern die Preise auf anderen Märkten nicht unter den argentinischen Preisen liegen. Argentinien erhält dagegen Schiffe und Flugzeuge im Werte von 50 Mill. Gulden jährlich, sowie Gummi und Zinn. Außerdem wird Argentinien besondere Erleichterungen für die Einfuhr verschiedener holländischer Erzeugnisse gewähren, besonders für Metall-, elektrotechnische, chemische, Textil- und agrarische Produkte. Auch Holland wird für eine Reihe argentinischer Waren, so für Wolle, Häute und Felle, Knochen, Fleischmehl und Leinöl Erleichterungen gewähren.

Während Holland aus Argentinien 1947 Waren im Werte von rund 173 Mill. Gulden eingeführt und nur für 22 Mill. Gulden Waren nach Argentinien ausgeführt hat, soll nach dem neuen Übereinkommen die holländische Einfuhr auf 275 Mill. und die Ausfuhr auf 155 Mill. gesteigert werden.

Auch der Zahlungsverkehr wurde neu geregelt. Die Niederländische Bank eröffnete der argentinischen Zentralbank zwei Guldenrechnungen, wobei die erste eine Kreditmarge entsprechend dem Wert von 110 Mill. Gulden und die zweite eine solche im Gegenwert von 125 Mill. Pesos festsetzte.

Belgiens Zementausfuhr

Brüssel. Infolge des Ausfalles der deutschen Zementausfuhr hat sich die Stellung der belgischen Zementindustrie auf dem Weltmarkt bedeutend verbessert, so daß Belgien heute der größte Zementexporteur der Welt ist. In der nächsten Zeit hofft man, durch Modernisierung der bestehenden Anlagen die Erzeugung auf 300 000 t monatlich steigern zu können, was einer Jahreserzeugung von etwa 3,6 Mill. t entsprechen würde. Im Jahre 1947 wurden insgesamt 2 600 000 t erzeugt, von denen 1 025 000 t ausgeführt wurden. Hauptabnehmer waren die Niederlande und Brasilien mit 210 000 t bzw. 120 000 t. Der Rest verteilte sich auf Arabien, die Goldküste, Venezuela, Indonesien, Kolumbien, Marokko und Französisch-Äquatorialafrika.

Am Ende: Die Inflation

Umschaltung des tschechischen Außenhandels

Wir haben in der Wirtschaftsrevue Nr. 9 die Verstaatlichungsmaßnahmen und ihre Rückwirkung auf die tschechoslowakische Wirtschaft behandelt. Da das Interesse für das Schicksal der Tschechoslowakei entsprechend ihrer besonderen Stellung in der Wirtschaft Europas unvermindert ist — das zeigen auch die Debatten in der UN — bringen wir die nachstehenden Ausführungen über die Aussichten und Entwicklungsmöglichkeiten des tschechoslowakischen Außenhandels.

Die Vorgänge in der Tschechoslowakei, die dieses Land nunmehr dem von Rußland im größten Teil Mitteleuropas eingerichteten politisch-ideologischen — und, wenn man will, auch militärischen — System vollkommen eingegliedert haben, haben zwar in erster Linie überall eine politische Beurteilung gefunden, sie werden aber auch sehr bedeutende wirtschaftliche Folgen haben. Und zwar für die Tschechoslowakei selbst, aber in einem erheblichen Grade auch für die Wirtschaft anderer Staaten. Die Tschechoslowakei, so klein sie ist, ist immer ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor gewesen, der nicht an ihrer Fläche oder Bevölkerungszahl gemessen werden kann. Im Vorkriegshandel stand sie (1936) unter 89 Welthandelsländern an 16., unter 28 europäischen Ländern an 9. Stelle, und zwar vor der Sowjetunion. Der tschechische Lebensstandard hängt somit sehr stark von der Teilnahme des Landes am Welthandel ab. Ebenso hat das Funktionieren der tschechoslowakischen Wirtschaft und ihre Fähigkeit, Waren zu exportieren, seine Bedeutung für diejenigen Länder, die ihre Handelspartner sind.

Im wesentlichen war der tschechoslowakische Außenhandel in normalen Zeiten westlich orientiert. Der größte Teil davon wickelte sich mit westeuropäischen Ländern (einschließlich Deutschlands und Österreichs, die meist an der Spitze der Abnehmer standen) ab, weitere wesentliche Partner waren überseeische Länder und die europäischen Südoststaaten. Diese Grundtendenz hatte sich bisher auch in der Nachkriegszeit nicht geändert, wenn man davon absieht, daß Deutschland und Österreich in einem hohen Grade mangels Kaufkraft und Lieferfähigkeit ausfielen. So war z. B. im Jahre 1946 die Schweiz mit Abstand der größte Käufer tschechischer Waren und England der größte Lieferant. Allein als ein neuer Faktor trat schon 1946 und stärker 1947 die Sowjetunion auf, die zwar in diesem Jahre in der tschechischen Einfuhr noch hinter England, USA, Schweiz und Schweden noch an fünfter und in der Ausfuhr hinter Schweiz, Holland, Schweden, England und Jugoslawien an sechster Stelle stand, aber durch den Abschluß eines neuen Wirtschaftsabkommens, das einen jährlichen Güteraustausch von 5 Milliarden Kc anstrebt, die Absicht kundgegeben hat, in Ein- und Ausfuhr an die erste Stelle zu treten.

Mit diesem Abkommen war die traditionelle Tendenz der tschechischen Außenhandelspolitik bereits durchbrochen worden, allein die westlich orientierten Politiker und Wirtschaftler der Tschechoslowakei hofften, mit diesem Problem fertig zu werden, indem sie die Mittlerstellung, die sie für ihr Land auf dem Gebiet der Politik beanspruchten, auch auf die Wirtschaft auszudehnen gedachten. Sie hofften, westliche Rohstoffe für östliche Konsumenten und umgekehrt östliche Rohstoffe für westliche Abnehmer zu verarbeiten. Dieses Programm wird sich jetzt kaum mehr durchführen lassen. Nicht nur, weil die Garnitur von Politikern und Industriellen, die so dachten, jetzt der Säuberung zum Opfer gefallen ist, sondern weil diese Mittlerstellung der Tschechoslowakei den jetzt in Prag regierenden Kommunisten sowohl wie der Sowjetunion schon immer mißfallen hat. Die Kommunisten wollen die Tschechoslowakei keine vermittelnde Rolle spielen lassen. Was sie wollen, das ist die klare und unwiderrufliche Option für den Osten und der Einbau der tschechischen Produktionskraft in die geplante und koordinierte Produktionspolitik des Ostblocks. Und das hat neben handgreiflichen politischen auch gute wirtschaftliche Gründe. Denn die Tschechoslowakei ist das einzige Mitglied des Sowjetklubs, das seiner Struktur nach imstande ist, wesentliche Mengen von industriellen Fertigwaren, insbesondere auch Maschinen zu exportieren, an denen alle übrigen Mitglieder des Ostblocks einschließlich der Sowjetunion einen dringenden Bedarf haben. Würde man, so scheint man zu kalkulieren, die ganze Produktionskraft der Tschechoslowakei auf die in den Oststaaten am dringendsten benötigten Güter konzentrieren, so könnte dies, zuzüglich der Erzeugung der deutschen Ostzone und der von Polen besetzten deutschen Gebiete, einigermaßen die Industrialisierungspläne in den übrigen Ostländern ermöglichen. In diesem Sinne liegt die Anstrengung des tschechoslowakischen Zweijahresplanes, vor allem die Stahl- und Eisenerzeugung sehr schnell zu steigern. Jedenfalls stehen in Prag dieser Orientierung nun keine politischen und personellen Hemmungen im Wege.

Man muß sich aber fragen, ob der politische Umsturz in der Tschechoslowakei nicht andere Hemmungen geschaffen hat, die sich für die Durchführung aller Wirtschaftspläne als sehr bedeutsam erweisen könnten. Die Tschechoslowakei kann an und für sich nicht mehr mit Vorkriegsmaßstäben gemessen werden, weil ihre Produktionskraft durch die Ausweisung von 3,5 Mill. Sudetendeutschen, darunter Hunderttausende hochqualifizierte Arbeitskräfte, stark zurückgegangen ist. Im Außenhandel der ersten Nachkriegszeit ist dies noch nicht so deutlich sichtbar geworden, weil im Anblick des allgemeinen Warenhungers bisher nach Qualität nicht viel gefragt worden ist. Jetzt kommt schwerwiegend hinzu, daß die kommunistische Säuberungsaktion in Wirtschaft und Verwaltung einen großen Teil der fähigen Köpfe, die nach Beseitigung der Juden durch die Nazis und Beseitigung der Deutschen durch die Tschechen noch vorhanden waren, ausschalten wird. Überdies scheinen die Kommunisten, wie sich bisher schon in den nationalisierten Industrien gezeigt hat, nicht viel nach Rentabilität zu fragen, d. h. daß wahrscheinlich diejenigen Waren, die der Ostblock braucht, auch dann produziert werden sollen, wenn Verluste entstehen. Mit Verlust produzieren heißt aber nichts Anderes, als daß beim Produktionsprozeß mehr Kaufkraft entsteht als Güter, mit denen diese Kaufkraft befriedigt werden kann. Die Folge muß Inflation sein, d. h. Fortsetzung der Inflation, die heute schon den Notenkurs der tschechischen Krone in Zürich auf einen Franken für 100 Kc — gegenüber einer Parität von 8,30 Franken für 100 Kc — gedrückt hat. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß die Importmöglichkeiten aus dem Westen, wo allein verschiedene lebenswichtige Rohstoffe zu haben sind, zurückgehen müssen, wenn der Export in dieser Richtung, infolge Favorisierung des Exports nach Osten, in Zukunft abfällt. Und dies ist schließlich nicht ausgeschlossen, daß einige Weststaaten von jetzt ab in der Lieferung von Rohstoffen zurückhaltend sein werden, auch wenn die Prager Regierung die Dollars aufbringen sollte, um zu bezahlen, weil man sich vor allem in Washington überlegen wird, daß die Endprodukte, die aus diesen Rohstoffen entstehen, leicht Flugzeuge und Panzer mit dem Sowjetstern werden könnten.

Es wird interessant sein, die Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft und ihres Außenhandels unter all diesen Gesichtspunkten zu beobachten. Man muß freilich damit rechnen, daß immer weniger Licht durch die Ritzen des Eisernen Vorhanges fallen und die Beobachtung daher einigermaßen schwierig sein wird. Autoritäre Regime pflegen Propagandathesen zu veröffentlichen, aber keine Statistiken. Manchmal auch Statistiken, die in Wirklichkeit Propagandathesen sind.

P

Norwegische Devisenschwierigkeiten

Begrenzung des Inlandverbrauchs und des Imports

KOPENHAGEN. In Norwegen begannen Devisenschwierigkeiten sich erst Ende 1947 auf fühlbare Weise geltend zu machen. Die wirtschaftliche Entwicklung der Jahre 1946 und 1947 verlief in schnell aufwärtsführender Richtung. Der einzige Umstand, der einen Hemmschuh bildete, war der Mangel an Arbeitskraft.

Von Devisenschwierigkeiten wie in Dänemark und Schweden hat man bis Ende 1947 in Norwegen nicht viel gemerkt, da die großen Valutareserven, die die norwegische Handelsflotte in den Kriegsjahren einbrachte, die Lage wesentlich erleichterten. Zweifellos wurde die aufgesparte Reserve teuer genug verdient. Viele Schiffe gingen verloren und mußten nach Kriegsende zu hohen Preisen ersetzt werden. Ebenso mußten die erlittenen schweren Schäden an norwegischem Realkapital aus den Kriegsjahren wieder ausgeglichen werden. Die beträchtliche Einfuhr, die sich in den Nachkriegsjahren daraus ergab, konnte durch die Ausfuhr in keiner Weise gedeckt werden. Auch die „unsichtbaren" Posten der Zahlungsbilanz, sowie die Einnahmen aus der Schiffahrt, dem Fremdenverkehr usw., erbrachten keinen Ausgleich im Zahlungsverhältnis Norwegens gegenüber dem Auslande.

Heute steht Norwegen vor der Wahl, sich entweder hinreichende Deviseneinnahmen zur Bezahlung der laufenden Ausgaben zu beschaffen oder in großem Umfange von ausländischen Anleihen Gebrauch zu machen oder beide Wege zu versuchen.

1947 wies die norwegische Zahlungsbilanz einen Fehlbetrag von 1,260 bis 1,400 Mill. nKr. bei den laufenden Posten auf. Der für 1948 im Staatsbudget vorgesehene Fehlbetrag von 655 Mill. nKr. wird vom Direktor der Bank von Norwegen, Gunnar Jahn, als zu optimistisch geschätzt gekennzeichnet. Die für 1948 notwendige Begrenzung des Fehlbetrags der laufenden Zahlungen kann nicht allein durch eine Exportsteigerung als Folge erhöhter norwegischer Exportproduktion erfolgen. Es ist erforderlich, daß der norwegische Inlandsverbrauch durch eine Exportsteigerung auf Kosten des einheimischen Marktes und ebenfalls durch eine weitere Einfuhrbegrenzung eingeschränkt wird. Der norwegische Einfuhrüberschußwert beträgt nach der amtlichen Statistik über Norwegens Außenhandel 2,002 Mill. nKr.

Die Herabsetzung des Exports und die Ausbalancierung des Zahlungsbudgets 1948 mit einem niedrigen Importüberschuß sind keine wünschenswerten Ziele der heutigen Wirtschaftspolitik Norwegens, heißt es im Staatsrechenschaftsbericht, und das bedeutet, daß der norwegische Staatsbetrieb infolge Mangels an liquiden Mitteln zum Einkauf ausreichender Rohstoffmengen und effektiver Ausstattung teilweise inrationell geführt werden muß. Die Begrenzung war am härtesten gerade für die wichtigen Warengruppen, die eine Bezahlung in Dollars erfordern. Das gilt für Waren wie Eisen und Stahl, Maschinen und Transportmittel, sowie Textilwaren bis herunter zu den Rohstoffen für die Textilindustrie.

Bei der heutigen Devisenlage Norwegens hält man bedeutende Auslandanleihen für erforderlich, um dem Wirtschaftsleben des Landes auch nur annähernd den gleichen Auftrieb zu geben, der das Jahr 1946 und den größten Teil von 1947 gekennzeichnet hat. An Dollars hatte Norwegen 1947 Einnahmen von 144 und Ausgaben von 244 Mill. $. Nationalbankdirektor Jahn veranschlagt, daß man bei der Verwendung von Dollars mit einer Einschränkung von mindestens 50 % rechnen muß, auch wenn Norwegen die Marshall-Hilfe von 34 Mill. $ erhält.

Die USA-Metallsubventionen

Zunehmende Molybdänerzeugung

Die nordamerikanische Mineralindustrie, die bekanntlich mit relativ hohen Gestehungskosten arbeitet und die deshalb vor dem Krieg durch hohe Einfuhrzölle vor der Konkurrenz des Auslandsmetalls geschützt war, die für Kupfer 4 cts. je lbs., für Blei 2½ cts. und für Zink 1½ cts. betrugen, und die darüber hinaus während des Krieges im Interesse einer schnellen Mehrförderung für die Grenzkoskuerzeuger hohe Subventionen erhielt, hat jetzt auf der Konferenz der Mining Associationen in Denver einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Titel „Nationale Untersuchungs- und Konservierungs-Akte für Bodenschätze von 1948" trägt. Dieser Entwurf eines Gesetzesvorschlages sieht Subventionszahlungen für die Förderung von Kupfer-, Blei- und Zinkerzen vor, zwischen 7 cts. je lbs. für die ersten 250 t bis herab zu 1,5 cts für 1500 bis 2000 t, und von 1,5 cts. für jede Menge über 2000 t, soweit der Mine nicht ein Gewinn von 15 % für den Verkauf der Erze oder Konzentrate nach Abzug aller Unkosten verbleibt. Das amerikanische Fachblatt „The American Metal Market" berichtet hierzu, daß Mitglieder der zuständigen Legislative des Kongresses der Meinung sind, daß der vorgeschlagene Gesetzesentwurf weder vom Kongreß noch von der Verwaltung akzeptiert werden wird.

*

Nach vorläufigen Schätzungen betrug die amerikanische Molybdänerzeugung 1947 13 463 t Mo-Inhalt gegen nur 9 109 t im Jahre 1946. Die USA sind der bedeutendste Molybdänerzeuger der Welt. Der Verbrauch blieb hinter der Erzeugung zurück. Er belief sich im Monatsdurchschnitt auf 2 527 t gegen 1 874 t im Jahre 1946. Die amerikanische Wirtschaft kam 1947 ohne Konzentrateinfuhren aus. Es wurden im Gegenteil 1 494 t exportiert. Während des Krieges war die amerikanische Erzeugung im Jahre 1943 bis auf 27 520 t Mo-Inhalt gestiegen. Sie war aber 1944 bereits auf 17 545 t gesunken. Die Erzeugung des Jahres 1945 wurde jedoch durch einen Streik auf den Minen der Utah-Copper behindert.

*

Nach Angaben des US-Bureau of Mines belief sich die Quecksilbererzeugung der Vereinigten Staaten 1947 auf 23 200 Flaschen zu 76 lbs. gegen 25 348 Flaschen im Vorjahr. Gegenüber den letzten Kriegsjahren ist der Rückgang recht erheblich. 1944 wurden 37 300 Flaschen und 1945 immerhin noch 30 600 Flaschen erzeugt. Für den sinkenden Bedarf an Quecksilber ist auch die niedrigere Einfuhr bezeichnend, die 1947 nur 10 228 Flaschen betrug, gegen 23 062 Flaschen im Jahre 1946. Von dieser Einfuhr kamen 3107 Flaschen aus Japan, 2161 Flaschen aus Spanien, 1824 Flaschen aus Mexiko, 1516 Flaschen aus Italien und 1500 Flaschen aus Jugoslawien. Immerhin betrug der amerikanische Verbrauch 1947 noch 35 100 Flaschen gegen 31 200 Flaschen im Jahre 1946. Die Verbrauchszunahme entfiel fast vollständig auf die Elektrizitätsindustrie und auf die vermehrte Anwendung von Quecksilberoxyd bei der Herstellung von Akkumulatoren.

ARTIKEL DER AUSLANDSPRESSE
ZEITUNGS - INFORMATIONS - DIENST
erscheint wöchentlich. Anfragen MÜNCHEN 22
MARTIUSSTRASSE 3. TEICHOSKOP.

Wand-, Fußboden- und Möbeleinlegeplatten

liefert

LAHN-WERK

Inhaber:

Helmut Gross, Heistenbach

bei Diez an der Lahn

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Triest — Handelsmittler für Zentraleuropa

Wirtschaftliche Motive des Revisionsvorschlages

Wie immer die Verhandlungen über Triest auslaufen mögen, soviel kann doch schon jetzt gesagt werden: sollte Triest in den italienischen Staatsverband zurückkehren, es würde zum mindesten aus seiner wirtschaftlichen Erstarrung, in die es nach seiner Proklamierung als selbständiges Staatsgebilde gefallen war, wieder erwachen und seine Lebensfähigkeit als Handelsmittler für Zentraleuropa aufs neue beweisen können.

Die permanente Furcht der italienischen Bevölkerung vor einem jugoslawischen Gewaltstreich gegen die Freistadt selbst ließ bisher alle Bemühungen um einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung kaum über Ansätze hinauskommen. Sie führte zu der charakteristischen Einstellung des Triestiners: es kann einen Vorteil bedeuten, Bürger des neuen Freistaates zu sein, aber es ist besser, nicht dort zu wohnen. Nach Angaben der Triester Handelskammer hat seit Kriegsende rund zwei Fünftel des Immobiliarbesitzes in Triest seinen Besitzer gewechselt. Große italienische Produktionsstätten der chemischen Industrie, der Holz- und Lederverarbeitung verlagerten ihren Maschinenpark. Schiffahrtsgesellschaften, die zum Wohlstand von Triest soviel beigetragen haben, meldeten ihre Liquidation an und die weltbekannten Versicherungsanstalten verlegten ihre Sitze nach Mailand und Rom. Die Entwicklung der Hafenleistung Triests seit 1945 ist symptomatisch für den wirtschaftlichen Niedergang. In den ersten 7 Monaten 1947 erreichte der Güterverkehr nur 1,7 Mill. t gegenüber ca 3 Mill. t im gleichen Zeitraum des Jahres 1938, und dabei muß noch bedacht werden, daß in dieser minimalen Umschlagsziffer die Lieferungen der UNRRA, deren Hilfswerk nun überdies eingestellt ist, enthalten sind.

Es hat sich jetzt gerächt, daß in den Pariser Friedens-Verhandlungen über Triest politische Erwägungen fast ausschließlich im Vordergrund standen und versäumt wurde, die wirtschaftlichen Grundlagen für seinen Verkehr mit dem natürlichen Hinterland, d. h. also mit Österreich, der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen und auch Jugoslawien im Detail zu klausulieren. Denn die Bedeutung Triests hängt unmittelbar mit der Frage zusammen, ob die Grenzländer, über die der mitteleuropäische Warenverkehr herausrollen soll, auf ihren Bahnlinien begünstigte Frachtsätze gewähren oder nicht. Es hat inzwischen sicherlich nicht an Versuchen gefehlt, den Hafen, das Herz des Territoriums, wieder zu beleben und auch in der Auffüllung des Schiffsbestandes der Reedereien ist man sichtlich vorangekommen. Die Werften sind derzeit mit ausländischen Aufträgen gut beschäftigt und die Oelraffinerien in vollem Betrieb. Aber ein Blick auf die Finanzlage des Freistaates zeigt die krasse Wirklichkeit des Niederganges: sein Defizit hat bereits den Betrag von 20 Mill. $ erreicht und nicht zuletzt dürfte in dieser finanziellen Belastung der Großmächte eine der Ursachen für den Revisionsvorschlag zu suchen gewesen sein.

Wenn der sowjetische Außenminister Molotow in der Sitzung des Ausschusses für den italienischen Friedensvertrag vom 17. 9. 1946 erklärte, „alle geben zu, daß Triest ein internationaler Hafen ist, der seine wichtige Rolle in der Entwicklung des internationalen Handels behaupten muß", so umriß er damit die Kernfrage seiner Zukunft. Die Wiedereinräumung der Souveränität Italiens über das Triester Gebiet könnte dieser Aufgabe nur dienlich sein.

Da die polnischen Häfen gegenwärtig nicht in der Lage sind, den Verkehr nach der Levante und dem Mittleren Orient in erhöhtem Umfange aufzunehmen, und es andererseits den polnischen Exporteuren an Devisen mangelt, um gegebenenfalls die Frachtsätze für ausländische Schiffe zu bezahlen, interessiert sich Polen für die Wiederaufnahme dieser Verkehrsrouten über Fiume und Triest, da dieser Hafen seine Levante-Verbindungen bereits wieder ausgebaut hat.

Die „Sovtrogflot" (sowjetruss. Handelsflotte), die ihren Sitz in Odessa hat, trifft Vorbereitungen zur Errichtung einer eigenen Agentur in Triest. Filialen sollen auch in Rom, Genua und Mailand eröffnet werden.

Ein Triestiner Blatt berichtet, daß die bekannte Speditionsfirma Exner ihre gesamten Anlagen an die jugoslawische Speditionsfirma Centralspedition für 300 Mill. Lire verkauft habe. Gleichzeitig sei auch eine kleine Triestiner Bank von einem jugoslawischen Bankinstitut erworben worden. ▼

Die ital. Handelsmarine 1947

Rom. Wie das italienische Ministerium für die Handelsmarine bekannt gibt, belief sich die Menge der im Vorjahr in italienischen Häfen gelöschten Waren auf 24 422 093 t, und da 5 660 200 t verschifft wurden, der Gesamt-Güterumschlag auf 30 082 293 t. Im Jahre 1946 betrugen die betreffenden Zahlen 16 237 000 t, 4 307 000 t und 20 544 000 t. Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich eine Steigerung des Umschlagverkehrs während des Jahres 1947 um etwa 50%.

Im Berichtsjahr wurden 10 464 985 t Waren aus Schiffen, die unter italienischer Flagge fahren, gelöscht, während im Jahre 1946 sich diese Menge auf 4 356 000 t belief. Verladen auf italienische Schiffe wurden 4 540 536 t gegen 3 086 000 t im vorangegangenen Jahr. Es betrug daher der italienische Anteil an gelöschten Waren 42,8% und 80,2% bei den Verladungen gegen 26,8%, beziehungsweise 71,6% im Jahre 1946. Der Anteil am gesamten Umschlagverkehr betrug 49,9% gegen 36,2% im Jahre 1946.

1938 besorgte die italienische Handelsmarine 77,3% der Transporte an Importwaren und 91,2% der Exportwaren mit einem Gesamtanteil von 81,6% des Umschlages.

Rußland offeriert Getreide

Washington. Der Unterstaatssekretär für Landwirtschaft in den USA, M. Dodd, teilte der Kreditkommission des Repräsentantenhauses mit, daß Rußland zurzeit den westeuropäischen Ländern große Mengen Getreide anbiete, wahrscheinlich mit politischen Absichten.

Rußland hat nämlich, abgesehen von dem zwischen Großbritannien und Rußland abgeschlossenen Getreidelieferungsabkommen, Großbritannien neuerlich 2 Mill. t Getreide im Austausch gegen Maschinen angeboten. Nach englischen Blättermeldungen dürfte die Annahme des russischen Angebotes die Aufhebung der Brotrationierung in Großbritannien bis zum September d. J., sowie die Aufhebung der Rationierung von Speck innerhalb eines Jahres, und eine wesentliche Erhöhung der Belieferung des Marktes mit Eiern und Geflügel zur Folge haben. Ein Teil dieses russischen Getreides könnte auch nach Irland und Dänemark weiter verkauft werden, denn diese Länder haben Großbritannien beträchtlich höhere Lieferungen an Speck, Eiern und Fleisch zugesagt, falls sie als Gegenlieferung Futtergetreide erhalten.

Ungarns Ernteergebnisse

Budapest. Die ungarischen Ernteergebnisse des Jahres 1947 liegen — mit Ausnahme von Weizen — zwar über denjenigen des Jahres 1946, aber noch immer stark unter dem Vorkriegsstand, wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich ist:

(1000 dz)	1947	1946	Durchschn. 1934-38
Weizen	10,6	11,2	23,5
Roggen	4,3	4,2	7,1
Gerste	4,4	4,4	4,5
Hafer	2,0	2,0	2,8
Mais	18,6	13,6	26,7
Kartoffeln	16,4	11,6	23,8
Zuckerrüben	10,5	5,2	10,4
Sonnenblumenkerne (Reinkultur)	1,5	1,5	59,3

Durch diese Unterproduktion war Ungarn nicht in der Lage, seine Handelsbilanz durch die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu verbessern.

International Nickel of Canada

New York. Die Gesellschaft weist für 1947 einen Reingewinn von 33,5 Mill. $ gegenüber 29,68 Mill. $ im Jahre 1946 aus. Die Umsätze betrugen: In Nickel im Jahre 1947 205,28 Mill. lbs gegenüber 201,1 Mill. lbs im Jahre 1946, und in Kupfer 220,67 Mill. lbs gegenüber 149,78 Mill. lbs im Jahre 1946. Die Kupferverkäufe übersteigen die aller früheren Jahre, wogegen die Nickelverkäufe zurückgegangen sind, was bereits einmal 1945 der Fall war.

Ägyptische Baumwolle gegen belgisches Kupfer

Brüssel. Das ägyptische Handels- und Industrie-Ministerium hat einer Vereinbarung zugestimmt, wonach für eine Kupfereinfuhr aus Belgien im Werte von 37 000 ägyptischen Pfund ägyptische Baumwolle im gleichen Wert an Belgien geliefert werden soll.

Japans Baumwollindustrie als Konkurrent

Englische und amerikanische Industrielle verhandeln in Lancashire

London, Anfang April treten in Lancashire Delegierte der britischen und amerikanischen Baumwollindustriellen zusammen, um — wie es offiziell heißt — die augenblicklichen Probleme des internationalen Baumwollmarktes eingehend zu erörtern. Den wirklichen Anlaß zu dieser für etwa 14 Tage berechneten Konferenz gab aber die Frage der japanischen Konkurrenz am Baumwollmarkt, die der britischen Baumwollindustrie bereits seit längerer Zeit ernste Sorgen bereitet.

Die Besatzungsbehörden, die die Wiederbelebung der japanischen Baumwollindustrie weitgehend gefördert haben, hatten für ihr Verhalten zwei Gründe, erstens die Versorgung des Fernen Ostens mit Baumwollwaren, die denkbar schlecht war und sich in einer Verzögerung der fernöstlichen Produktion an lebenswichtigen Lebensmitteln und Rohstoffen auswirkte, und zweitens die Sicherung des Absatzes der qualitativ armen amerikanischen Rohbaumwolle, für die nur ein sehr begrenzter Absatzmarkt besteht. Japan ist der gegebene Kunde für diese Baumwolle, die zum überwiegenden Teil durch Baumwollerzeugnisse bezahlt wird. In der abgelaufenen Saison bezog Japan 504 000 Ballen USA-Rohbaumwolle, d. i. rund ein Siebentel der gesamten Ausfuhr, und ist somit einer der größten Abnehmer von USA-Baumwolle.

Die japanische Baumwollindustrie beschäftigt bereits wieder 117 000 Arbeiter und erzeugte 1947, obwohl nur etwa 3 Mill. Spindeln in Betrieb waren, 266 Mill. lbs Baumwollgarn gegenüber 128 Mill. im Jahr 1946. Für 1948 strebt man ein Produktionsziel von 450 Mill. lbs an. Die Garnausfuhr betrug nach vorläufigen Berechnungen rund 23 Mill. lbs, während Lancashire gleichzeitig 26,7 Mill. lbs ausführte. Während England im Jahre 1947 531,1 Mill. Squareyards Baumwollstückgüter ausführte, betrug die japanische Ausfuhr im gleichen Jahr 365 Mill. Squareyards. Bei den durch die niedrigen Löhne bedingten billigen Gestehungskosten fürchtet man in Großbritannien, daß sich die japanische Konkurrenz auf dem internationalen Baumwollmarkt unangenehm fühlbar machen dürfte.

Es darf nicht übersehen werden, daß die amerikanischen Baumwollverarbeiter Japan gegenüber eine ganz andere Haltung einnehmen, als die Rohbaumwollerzeuger und die Regierungsstellen der USA, die mit Vorräten unverwendbarer Baumwolle belastet sind. Noch vor Kriegsende hatte die amerikanische baumwollverarbeitende Industrie Pläne vorbereitet, um die japanische Konkurrenz am internationalen Markt wirksam zu unterbinden. In der Zwischenzeit ist das Interesse der amerikanischen Baumwollwarenindustrie am Export gewaltig gestiegen und die USA sind heute tatsächlich das einzige größere Land, dessen Ausfuhr an Baumwollgarnen und Baumwollfertigwaren weit größer ist als vor dem Krieg. Als Folge dieser Entwicklung laufen die Interessen der britischen und amerikanischen baumwollverarbeitenden Industrie in der Japanfrage parallel, d. h. sie stehen im Widerspruch zur Politik der amerikanischen militärischen Stellen in Japan. Die Beunruhigung der englischen Baumwollinteressenten über die japanische Konkurrenz führte sogar zu einer Anfrage im Unterhaus, wo Handelsminister Wilson erklärte, daß die Far Eastern Commission im Februar 1947 General Mc Arthur aufgefordert habe, die japanische Baumwollwarenerzeugung zu fördern, den japanischen Eigenverbrauch jedoch gleichzeitig einzuschränken. Minister Wilson vertrat übrigens die Ansicht, daß die beste Sicherung gegen die japanische Konkurrenz in der Steigerung der britischen Leistungsfähigkeit liege.

Da die Haltung der britischen Regierung zur Zeit noch durch den Baumwollwarenmangel im Fernen Osten beeinflußt zu sein scheint, der zahlreiche ihrer dortigen Produktionsprogramme erschwert, ist es zweifelhaft, ob sie die Bestrebungen der britischen und amerikanischen Baumwollindustriellen augenblicklich voll unterstützen wird. In diesem Fall könnten die Baumwollindustriellen der angelsächsischen Länder ihren Einfluß gegenüber den Besatzungsbehörden kaum geltend machen.

Die im April in Lancashire beginnenden Verhandlungen werden jedenfalls zur Klärung eines Problems beitragen, das in den nächsten Jahren der gesamten internationalen Baumwollindustrie noch schwer zu schaffen machen dürfte.

Südamerika als Markt

Den in Nr. 13 auf Seite 8 begonnenen Aufsatz über „Südamerika als Markt" beschließen wir mit einer Übersicht über die Diskontsätze in Südamerika.

hfg. Baden-Baden. Im Handelsverkehr mit den Ländern Süd- und Mittelamerikas, die für den deutschen Außenhandel hoffentlich bald wieder eine größere Bedeutung gewinnen, spielen die Finanzierungsfragen eine besondere Rolle. In den Kreisen unserer Außenhandelswirtschaft besteht über diese Fragen, nachdem die Verbindung mit den südamerikanischen Geschäftspartnern so lange abgeschnitten war, große Unsicherheit.

Besonders hoch liegen die Zinssätze gegenwärtig in Mexiko. Sie betragen für kurzfristige Geschäfte 9 % oder 10 %, für andere Arten von bankmäßigen Kreditgeschäften liegen die Zinssätze sogar noch höher.

In Argentinien bewegt sich der Diskontsatz für die von Banken gegebenen Darlehen zwischen 2 % als Mindestsatz und 3,9 % als Höchstsatz.

Die Diskont- und Zinssätze für bankmäßige Vorschüsse sind in Venezuela verhältnismäßig sehr niedrig, so beträgt der jährliche Diskontsatz auf Papiere rein geschäftlichen Charakters bis 90 Tage 2 %, ebenso hoch ist der Diskontsatz auf Kredit-Dokumente, die aus der Erzeugung, der Verarbeitung, der Lagerung und dem Transport, sowie aus dem Verkauf landwirtschaftlicher, viehwirtschaftlicher und industrieller Erzeugnisse herrühren, und zwar mit einer Laufzeit bis zu 180 Tagen. Der Diskontsatz auf Kredit-Dokumente, die ausschließlich aus Geschäften mit landwirtschaftlichen und viehwirtschaftlichen Erzeugnissen stammen, mit einer Laufzeit zwischen 181 und 360 Tagen beträgt 2½ % jährlich. Für Vorschüsse auf Titulos de Deuda Publica (Staatsschuldverschreibungen) auf 90 Tage werden 2 % berechnet, für Vorschüsse auf Wechsel, Pagarés oder andere Kredit-Dokumente auf 90 Tage 3 %, und für Vorschüsse auf Obligationen, die durch Schecks oder Aktien der venezolanischen Gesellschaften gedeckt worden sind, auf 90 Tage ebenfalls 3 %.

Der Banco Central in Bolivien hat folgende Diskont- und Zinssätze: Diskontsatz für Banken 7 %, Diskontsatz für Privatpersonen 9 %, Darlehen an Personen gegen Sicherheit (z. B. Mobilar) 9 %, Industriekredite zwischen 4 und 6 %, Darlehen auf dem Gebiet der Kultur- und Erziehungspflege ebenfalls zwischen 4 und 6 %.

Salvador: 1 US-$ = 2,5075 Col., 1 £ = 10,17 Col.

Guatemala: 1 US-$ = 1,0075 Quetzal, 1 £ = 4,07 Qu.

Kolumbien: Die amtlichen Kurse betragen für 1 US-$ = 1,755 Pesos, für 1 £ = 7,09 P; daneben besteht ein freier Kurs für 1 US-$ = 2,50 P.

Costa Rica: Der kontrollierte Kurs beträgt für 1 US-$ = 5,67 C, der Schwarzmarktkurs = 6,15 C.

Kuba: Amtlicher Kurs 1 US-$ = 1 Peso.

Dominikanische Republik: 1 US-$ = 1 Peso.

Ecuador: Die zur Einfuhr zugelassenen Waren sind in drei Gruppen eingeteilt: Gruppe A: Notwendige Waren wie Nahrungsmittel, Rohstoffe, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Maschinen für Landwirtschaft und Industrie, Transportmaterial und Eisenwaren. Gruppe B: Gebrauchswaren. Gruppe C: Luxuswaren. Der amtliche Kurs für Gruppe A ist für 1 US-$ 13,50 Sucres + 1 S je US-$ + 4% auf den S-Wert = 15,04 Sucres. Der amtliche Kurs für Gruppe B beträgt ebenfalls für 1 US-$ 13,50 Sucres + 1 S je US-$ + 4% auf den S-Wert + 5 S je US-$ = 20,04 S. Der freie Kurs für Gruppe C beträgt für 1 US-$ 18 S + 1 S je US- + 4% auf den S-Wert + 5 S je US-$ = 24,72 S.

Anbauplan der USA für 1948

Washington. Das US-Landwirtschaftsministerium hat für 1948 im Vergleich zum Vorjahr folgenden endgültigen Anbauplan aufgestellt:

(1000 ha)	1948	1947	Durchschn. 1937-39
Weizen	30 391	31 545	30 389
Roggen	995	818	1 575
Mais	36 706	34 872	37 065
Gerste	5 139	4 869	4 463
Hafer	17 783	17 200	14 028
Leinsaat	1 751	1 682	560
Sojabohnen	4 268	4 502	1 333

Im Vergleich zu den Vorkriegsjahren zeigt sich eine erhebliche Anbauerweiterung bei Leinsaat und Sojabohnen und eine Verringerung bei Roggen.

Brasiliens Tee- und Kaffeeausfuhr

Rio de Janeiro. Der Teeanbau Brasiliens steigerte sich von 664 000 kg im Jahre 1946 auf 916 000 kg im Jahre 1947. Während in den Jahren 1937 bis 1939 jährlich etwa 83 300 kg Tee nach Brasilien eingeführt werden mußten, konnten bereits in den ersten elf Monaten 1947 469 000 kg ausgeführt werden.

Die Kaffeeausfuhr ist dagegen stark zurückgegangen und erreichte 1947 nur 14 689 000 Sack (60 kg) gegenüber 15 505 000 Sack im Jahre 1946 und 16 499 000 Sack im Jahre 1939.

CHINOSOL

Dieses Zeichen tragen seit mehr als 50 Jahren unsere wissenschaftlich erprobten und praktisch bewährten Erzeugnisse. Die „3 Eulen-Marke" verbürgt Güte und Entwicklung.

CHINOSOL-FABRIK A.-G., HAMBURG

Wenn Ungeziefer Ihre Tiere quält - -
Wendelinus PULVER
Unheimliche Wirkung - gefahrlos - angenehm und einfach anzuwenden!
CELA G. m. b. H., Ingelheim/Rhein

Orient-Teppich-Versteigerung in Bonn/Rhein

Dienstag, den 13. April 1948, 11 Uhr, im Hansa-Eck, Bonn, Bahnhofstraße 70, im freiwilligen Auftrag für div. Order, meistbietend gegen Barzahlung:

Über 100 Teppiche, Verbinder und Galerien in allen Größen bis zu 4.50 X 6.00 m. (Katalog auf Anforderung).

Besichtigung am 13. April 1948, ab 8 Uhr, im Versteigerungslokal.

C. Küppers, Auktionator und Taxator, Bonn, Niebuhrstraße 38, Fernsprecher 4848

Hotelunterkunft nur bei rechtzeitiger Anmeldung gewährleistet!

Dr. Clauss Kosmetik
DIE MODERNE SCHÖNHEITSPFLEGE
CHEM. FABRIK Dr. W. CLAUSS STADTILM/TH.

Neu! Gesetzessammlungen
HGB-BGB-StGB
„GESETZ U. RECHT": Eine Sammlung aller Rechtsvorschriften m. Ergänzungslieferungen. — WETTBEWERBS- UND WARENZEICHEN-RECHT"; neu bearb. mit Komm. — „NEUES DEUTSCHES RECHT"; Alle Gesetze m. lauf. Ergänz., Lose-Blatt-Form in stab. Ordner und Register. — „DAS GESAMTE BODEN- UND BAURECHT" in Loser-Blatt-Form m. Ergänzungs-Lieferungen in massiv. Ordner.
Führe alle Fachzeitschriften!
ROCKS
Radolfzell-Bodensee
(17b)

EBEL
Einlieferungen zur Juni-Briefmarken-Auktion
bis 10. April erbeten! Einzelne Raritäten, große Sammlungen, besond. Übersee gesucht. Auch Barankauf! Geschäftszeit von 9—16 Uhr, Samstag bis 13 Uhr. ARNOLD EBEL BERLIN-CHARL. 9, Oldenburg-Allee 19, U-Bhf. Neuwestend, S-Bhf. Heerstraße, Telefon 97 56 36.

WIRTSCHAFTSREVUE STEUER

Die Zulässigkeit steuerlicher Rückstellungen für Rückerstattung auf Grund des Gesetzes Nr. 59 der Militärregierung muß bejaht werden, wenn der Tatbestand der Verpflichtung vorliegt. Das kann schon allein aus der Tatsache der verhängten Vermögenssperre nach KRO Nr. 52 in Verbindung mit dem Rückerstattungsgesetz Nr. 59 hinreichend gefolgert werden. Eine Passivierung in der Steuerbilanz wird von den Finanzbehörden vermutlich nur in dem Jahre zugelassen werden, in dem das Wiedergutmachungsgesetz in Kraft getreten ist. Die Höhe der Rückstellung kann aus dem Artikel 32 des Gesetzes Nr. 59 hergeleitet werden, wonach von den reinen Nutzen regelmäßig 50% zurückzuerstatten sind, während restliche 50% als Vergütung für die Geschäftsführung gelten.

Auch für die Gewerbesteuer wird die Rückstellung für Rückerstattung zulässig sein, da von dem Gesetz Nr. 59 der Unternehmer und sein Betrieb einheitlich erfaßt werden, es also auf objektive Tatbestände abgestellt wird.

Vermögenssteuerrechtlich gesehen bilt durch das Gesetz Nr. 59 für den gegenwärtigen Inhaber keine Änderung ein.

•

Die Deutsche Zentralfinanzverwaltung in der sowjetischen Besetzungszone hat am 3. 6. 1947 auf Grund der Anordnung zur Regelung des Rechtsmittelverfahrens in Steuersachen innerhalb der sowjetischen Besetzungszone am 1. 4. 1947 eine Steuerausschuß- und Steuergerichtsordnung erlassen.

•

Geht ein Kaufmann von der Einzelbewertung seiner Forderungen dazu über, die Nennbeträge der Forderungen zu einem Sammelposten zu vereinen und ihnen ein Pauschaldelkredere gegenüberzustellen, so ist er trotz Stetigkeit des Teilwerts der Forderungen berechtigt, das Pauschaldelkredere lediglich in einer Höhe anzusetzen, die der Summe der aufgelösten Einzeldelkredere-Posten dieser Forderungen entspricht. Er ist nicht verpflichtet, als Folge der geänderten Bilanzierung einen Gewinn auszuweisen (OFH.-Urteil vom 13. 9. 1947 I 1/47).

•

In dieser Rubrik geben wir unseren Lesern Hinweise auf die wichtigsten Ereignisse im Steuerwesen.

Darüber hinaus werden die nur kurz erwähnten Fragen in einem Beiblatt, das nur an Festbezieher der „Wirtschaftsrevue" abgegeben werden kann, in aller Ausführlichkeit und mit wissenschaftlicher Gründlichkeit behandelt. Diese Ausgabe „D + St" ist zum erstenmal mit unserer Nummer 13 erschienen.

Wer von unseren Festbeziehern Interesse an dieser Ausgabe „D + St" hat, möge sie bei uns anfordern. Der Zuschlag zum Abonnementspreis beträgt vierteljährlich RM 4.—.

Das Hessische Finanzministerium hat in dem Umsatzsteuer-Sammelerlaß vom 17. 12. 1947 seine Auffassung zu verschiedenen umsatzsteuerlichen Vorgängen bekanntgegeben. Danach sind Unternehmen, die dazu übergegangen sind, ihre Werksangehörigen mit Waren aller Art gegen Erstattung der Selbstkosten zu beliefern, mit diesen Lieferungen umsatzsteuerpflichtig, da sie nachhaltig und auf die Erzielung von Einnahmen gerichtet sind. Die Befreiungsbestimmung des § 4 Ziffer 12 UStG kommt nicht in Betracht, da diese Sachleistungen nicht unter den Begriff der üblichen Naturalleistungen im Sinn dieser Bestimmungen fallen. Weiter heißt es in dem Umsatzsteuer-Sammelerlaß, daß Kompensationsgeschäfte, die Tauschgeschäfte sind, den gemeinen Wert (§ 10 RBewO) als Entgelt für den anderen Umsatz zur Bemessung als Grundlage haben. Anhaltpreise sind demnach die amtlichen Preise, während Über- und Schwarzmarktpreise ausscheiden.

•

Voraussetzung für die Gewährung der Vergünstigung des § 34 Absatz 2 Ziffer 1 EStG ist eine klar abgrenzbare Sondertätigkeit, die ein Arbeitnehmer außerhalb des allgemeinen Rahmens der sich aus seinem Arbeitnehmervertrag ergebenden Verpflichtungen leistet. Es muß sich hierbei um Arbeiten handeln, die wirtschaftlich die gleichen Bedingungen erfüllen, wie diejenigen des Künstlers, Erfinders oder Schriftstellers, der mehrere Jahre an einem Werk arbeitet und das Entgelt in einer Summe erhält (OFH.-Urteil vom 26. 3. 1947 IV 5/46).

•

Bei der bilanzmäßigen Behandlung der Pensionen ohne Rechtsanspruch der Leistungsempfänger kommt der eigenen Schätzung des Kaufmanns in der Handelsbilanz entscheidende Bedeutung zu. Für die Steuerbilanz können Rückstellungen hierfür nur dann anerkannt werden, wenn die Handelsbilanz eine Rückstellung für Pensionen enthält, die über den Ansatz der vertraglich zugesicherten Pensionen hinaus auch den für die Steuerbilanz beanstandeten Rückstellungsbetrag für Pensionen ohne Rechtsanspruch deckt (OFH.-Urteil I 1/47 vom 13. 9. 1947).

•

Bei Lieferungen einer bayerischen Zweigniederlassung an die in der russischen Zone befindliche Hauptniederlassung wird vorerst davon ausgegangen, daß eine Umsatzsteuer nicht geschuldet wird, da es sich nicht um Geschäfte von verschiedenen Rechtspersonen handelt und die bayerische Zweigniederlassung auch kein Entgelt vereinnahmen wird.

•

Im Steuer- und Zollblatt Nr. 5 vom 20. 2. 1948 sind Richtlinien für die interzonale Besteuerung bei der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer veröffentlicht. Im Abschnitt 1 ist das Verhältnis der britischen und amerikanischen Zone zur Stadt Berlin festgelegt (Abschnitt II Absatz 4 ESTR 1946). Abschnitt 2 spricht sich über das Verhältnis zum Saarland aus, während Abschnitt 3 das Verhältnis zur russischen Zone klarlegt.

•

Das Amtsblatt des Finanzministeriums Württemberg-Baden Nr. 1 vom 30. 1. 1948 bringt Oberleitungsbestimmungen zur Durchführung des Lohnsteuerabzugs 1948 nach dem KRO Nr. 61 vom 19. 12. 1947. Diese Oberleitungsbestimmungen gelten bis zur Veröffentlichung der neuen Lohnsteuertabellen.

•

Veräußerungsgewinne im Sinne des § 18 Absatz 3 EStG (d. h. bei der Veräußerung eines der selbständigen Arbeit dienenden Vermögens usw.) dürfen auch nach dem 31. 12. 1945 noch als unter § 34 fallend anzusehen und damit in diesem Rahmen steuerbegünstigt sein, da Artikel XIV KRO Nr. 12 die jetzt nicht mehr begünstigten Veräußerungsgewinne einzeln aufzählt und hierbei § 18 Absatz 3 EStG nicht nennt.

•

Als öffentlich-rechtliche Körperschaft im Sinne des KStG sind auch solche Körperschaften anzusehen, die ihre Eigenschaft als öffentlich-rechtliche Körperschaft aus dem öffentlichen Recht eines Landes herleiten. Darum ist, wenn die zuständige Landbehörde einer Körperschaft die Eigenschaft einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zuerkannt hat, diese Körperschaft auch im Sinne des KStG eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. (OFH.-Urteil vom 12. 2. 1946 I 1/46 S.)

Mit zweierlei Maß gemessen

Bilanzprobleme der Schwarzpreise

In zunehmendem Maße sieht sich die Wirtschaft aus Gründen der Selbsterhaltung dazu gezwungen, dringend benötigte Waren oder Anlagegüter auf dem „grauen" oder „schwarzen" Markt, also auf ungesetzlichem Wege zu mehr oder minder überhöhten Preisen anzuschaffen.

Die Bilanzierung der gezahlten Überpreise bietet nun dem Kaufmann eine Fülle ungelöster Probleme, hauptsächlich deshalb, weil sämtliche einschlägigen Vorschriften über die Bilanzierung aus einer „normalen" Zeit stammen, der eine einheitliche Vorstellung vom Geldwert zugrunde lag, während wir heute ohne Zweifel mit mindestens zwei, wenn nicht sogar drei verschiedenen Maßstäben zu rechnen haben: der „offiziellen", aber nur in Verbindung mit amtlichen Bezugsrechten vollwertigen Reichsmark, der Verrechnungsmark für Kompensationsgeschäfte (bei denen Sachwerte in der Regel im Wertverhältnis der Vorkriegszeit getauscht werden), und endlich der stark minderwertigen Mark der schwarzen Umsätze. Keine noch so geschliffene juristische Auslegung bestehender Vorschriften wird dieses Dilemma lösen können, das in dem Nebeneinander dieser Wertmaßstäbe liegt. (Es ist beispielsweise nicht einzusehen, weshalb zwischen einer vor zehn Jahren angeschafften, heute ordnungsgemäß auf den Schrottwert heruntergeschriebenen Schreibmaschine und einer gleichartigen und gleich alten, heute zum zehnfachen Friedenspreis beschafften Maschine ein grundlegender Wertunterschied bestehen soll.)

Sollen die überteuerten Beschaffungskosten — d. h.

bewußt gezahlte Überpreise

und nicht etwa zeitentsprechende, aber gesetzlich zulässige Verteuerungen! — zum Zeitpunkt der Zahlung oder doch zumindest im gleichen Geschäftsjahr zu Unkosten werden, wie z. B. die Kosten für schwarzes Benzin, Zigaretten als Schmiergelder usw., so ergeben sich keine sonderlichen Schwierigkeiten der Bilanzierung. Solche Mehrkosten sind handels- und steuerrechtlich dem Entstehungsjahr zu belasten; das Steuerrecht knüpft an ihre Anerkennung allerdings den Vorbehalt des § 205 a der Reichsabgabenordnung, wonach es den Nachweis der Schwarzmarktlieferanten verlangen kann, aber nicht muß. Ein steuerliches Ermessen von größter Tragweite also, das nicht gerade das Gefühl der Rechtssicherheit stärkt.

Schwieriger wird schon die Bilanzierung jener Anschaffungen, die am Jahresschluß als Warenvorräte und dgl. in die Bilanz übernommen werden müssen. Das Handelsrecht sieht bekanntlich für derartige Posten des Umlaufvermögens das sog. Niederstwertprinzip vor, d. h. es gelten die Anschaffungskosten als Obergrenze, sofern nicht der gesunkene Markt- und Börsenpreis des Bilanztages eine Abwertung auf dieses Niveau erforderlich macht. Ist nun etwa bei diesem Wertvergleich der Schwarzmarktpreis des Bilanztages als Vergleichsmaßstab zu verwenden? Diese Frage wird im allgemeinen verneint; trotz der nur utopischen Beschaffbarkeit der Ware auf normalem Wege soll nach wie vor als Niederstwert

der „normale" Beschaffungspreis

des Bilanztages gelten; insoweit wird also dem Bedürfnis der Wirtschaft nach „vorsichtiger" Bewertung durchaus entsprochen. Kann nun aber auch steuerlich die sog. „Abschreibung auf den niedrigeren Teilwert" gefordert werden, die man in gleicher Weise mit den Preisen des „normalen" Marktes begründen müßte, eines Marktes also, auf dem die bewertete Ware weder erworben wurde, noch in absehbarer Zeit zu erwerben sein dürfte (wenn man einmal den unvorhersehbaren Glücksfall einer amtlichen Bezugszuteilung außer Betracht läßt)?

Hier versagen offenbar die scharfgeschliffenen Begriffe der Juristen; nur rein wirtschaftliche Gesichtspunkte können ins Treffen geführt werden: das bereits erwähnte Prinzip der kaufmännischen Vorsicht und des Gläubigerschutzes, das den Ausweis unverdienter Gewinne verbietet, die Erfassung bereits erlittener Verluste fordert und vor allem keine „fiktiven" Werte in der Bilanz duldet. Was aber bedeutet denn der Schwarze Erwerb anderes als den Vollzug längst bekannter Abwertung des Geldwerts?

Die Entscheidung kann also nur lauten: auch steuerlich muß die Abwertung auf den normalen Tagespreis erlaubt sein; sie stellt ja nur die Realisierung von Wertverlusten auf das Geld dar, die allen Geldinhabern noch bevorsteht.

Beim betrieblichen Anlagevermögen, denjenigen Wirtschaftsgütern also, die mehreren Perioden zu dienen haben, häufen sich die begrifflichen Schwierigkeiten. Das Handelsrecht schreibt hier als Höchstwert wiederum die Anschaffungskosten, vermindert um angemessene Abschreibungen, vor. Bei förmlicher Auslegung dieser Vorschrift des Aktiengesetzes, die weitgehend auch zum Gewohnheitsrecht für alle übrigen Unternehmungsformen wurde, könnte man also die Beibehaltung der Überpreise in der Bilanz rechtfertigen. Dem Vorsichtsempfinden des Kaufmannes ist aber bei solchen „fiktiven" Wertansätzen in der Bilanz nicht wohl; besonders dann nicht, wenn sich „gesunde" und „schwarze" Werte in der Bilanz zum unübersichtlichen Knäuel mischen.

Es bliebe ihm vielleicht der Hinweis auf das Handelsgesetzbuch, das im § 40 als

allgemeine Bewertungsregel

festlegt, daß „sämtliche Vermögensgegenstände nach dem Werte anzusetzen sind, der ihnen im Zeitpunkt der Bilanzaufstellung beizulegen ist". Eine angesichts des derzeitigen Geldwertwirrwarrs recht lakonisch anmutende Vorschrift! Auch hier hilft nur die Berufung auf allgemein anerkannte Grundsätze ordnungsgemäßen Bilanzierens, die auch hier die Abbuchung der Überpreise gestatten. Es wäre also in der Handelsbilanz nur der „normale Preis" mittels angemessener Abschreibungen zu tilgen und der Überpreis einmalig als Unkosten abzubuchen.

Demgegenüber beharrt die Steuerbehörde aber auf Beibehaltung der überhöhten Anschaffungskosten, die angesetzt werden dürfen (!), sofern der Schwarzlieferant namhaft gemacht wird. (In der Sowjetzone ist dieser Wertansatz nicht nur für die Steuerbilanz, sondern auch gleich für die Handelsbilanz zwingend vorgeschrieben; die zwangsläufig damit verbundene Erhöhung der laufenden Abschreibungen nimmt der Fiskus dort offenbar in Kauf.)

Das Protestrauschen im Blätterwald gegen diese Auslegung heutzutage nicht mehr voll anwendbarer Vorschriften ist allgemein. Man liest u. a. den Hinweis, daß die Steuerbilanz ja nur eine an die Handelsbilanz angelehnte Sonderbilanz darstelle, welche nur dann abweichend von ihr gestaltet werden könne, wenn zwingende steuerliche Bewertungsvorschriften dies erfordern. Daß aber steuerliche Vorschriften im Widerspruch zu den handelsrechtlichen Bestimmungen stehen könnten, das ist doch wohl ein Novum, denn: ein Verstoß gegen das Handelsrecht macht die Bilanz unter Umständen nichtig — und auf einer nichtigen Handelsbilanz kann keine gültige Steuerbilanz aufgebaut werden...

Hoffen wir, daß Frau Justitia trotz ihrer Binde rechtzeitig die Schlinge bemerkt, die sich da in Gestalt unanwendbarer Vorschriften um ihren Hals zu legen anschickt. Und daß sie das Zauberwort „Fiat Mundus" findet, ehe ihr ein „Pereat Justitia" bereitet wird!

—har.

Schwund der kleinen Märkte

Während die Messen, also das Marktgeschäft in fungiblen Gütern, in der Nachkriegszeit einen kräftigen Impuls erfahren haben, beharren die Märkte im landläufigen Sinne, d. h. die Wochen- und Jahresmärkte — von geringfügigen Ausnahmen abgesehen —, noch in der gleichen Stagnation, in die sie zu Kriegsbeginn verfallen sind. Der Grund hierfür liegt in der Tatsache, daß im Kleinmarkthandel hauptsächlich Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter des täglichen Bedarfs angeboten werden, die heute fast alle der Zwangsbewirtschaftung unterliegen. Sie sind knapp und stehen außerhalb des freien Kräftespiels von Angebot und Nachfrage und jeglichen Wettbewerbs, so daß sich ihre Feilhaltung auf dem Markt aus Unkosten- und Rentabilitätsgründen nicht mehr lohnt. Die Registrierungen der Kleinmärkte, ihres Umfangs, ihrer Preise und ihrer einstmals örtlich, wie volkswirtschaftlich höchst namhaften Umsätze, haben schon vor fast einem Jahrzehnt aufgehört.

Über ihren Gehalt, also den Umfang der Beschickung, der Zuführungen und Auftriebe, weisen die Marktbehörden nur kümmerliche Zahlen aus, von den meist nicht einmal feststellbaren Umsätzen ganz zu schweigen. Beispielsweise verzeichnet das Land Württemberg — ohne die periodischen Wochenmärkte — für das Jahr 1948 in 400 Orten mit Marktrecht an 280 Tagen 2100 Spezialmarktveranstaltungen. Insgesamt mögen in den elf Ländern der drei Westzonen wohl rund 20 000 solcher Märkte existieren. Die Zahl der Besucher derartiger Märkte ist angesichts der Anstrengungen aller Konsumenten und Interessenten, „vielleicht doch noch etwas zu erwerben", immer noch ganz beträchtlich, und sei es auch nur, daß der Gang zum Markte letzten Endes in den mit diesen Veranstaltungen vielfach verbundenen Volksbelustigungen ausmündet, wobei das Schaustellergewerbe vermutlich noch am meisten profitiert. Über die eigentlichen, volkswirtschaftlich nennenswerten Umsätze kann man lediglich Schätzungen anstellen.

Alle Bemühungen des Handels, auch der interessierten staatlichen und kommunalen Behörden, die kleinen Märkte zu beleben, sind zum Scheitern verurteilt, solange Angebot und Nachfrage durch das System der Rationierung und der Bezugsrechte reguliert werden, und im besonderen noch, wenn dieses Regulativ durch bürokratische Überorganisation oder Willkür in ein Reglement ausartet. Dort, wo derartige Hindernisse nicht mehr bestehen oder schon weitgehend wieder beseitigt worden sind, wie in fast allen west-, nord- und südeuropäischen Ländern, haben die Kleinmärkte ihre alte Bedeutung schon ziemlich wiedererlangt. Abgesehen von den neutralen Ländern, die eine wesentliche Einschränkung der Wochen- und Jahresmärkte nie erfahren haben, sieht man heute einen sehr regen Betrieb auf den Märkten für Nahrungsmittel und Waren des täglichen Gebrauchs auch schon wieder in Frankreich, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und Italien. Im übrigen verlautet auch aus der sowjetisch besetzten Ostzone Deutschlands, daß man dort sehr bestrebt ist, die Kleinmärkte wieder zu intensivieren. Unterstellt man der deutschen und sowjetischen Wirtschaftsverwaltung die Absicht, das ostdeutsche Wirtschaftsgebiet dem Gesamtcharakter des östlichen Wirtschaftssystems zumindest anzupassen, so würden die Bestrebungen, die Existenz der kleinen Märkte zu erhalten, klar unterstreichen, daß man auch in der staatlich gelenkten und kollektivistischen Wirtschaft des Marktes nicht entbehren kann. Tatsächlich hat ja in der Sowjetunion — wie auch ohne wesentliche Unterbrechung und trotz der Veränderung des Wirtschaftsgepräges in den heute sowjetisch beherrschten Ländern Osteuropas — der kleine Markt im Gefüge der Gesamtwirtschaft immer bestanden. Welche Auspizien hätte danach erst das leiseste Anzeichen einer Wiederbelebung der Kleinmärkte im deutschen Westen! ek.

Deutsche Gesellschaften

Lenz & Co., Breslau

Die Schlesische Industriebau Lenz & Co. AG. in Breslau hat ihren Sitz von Breslau nach Braunschweig verlegt und infolge der Behinderung des Arbeitens in der Ostzone die bisherigen Zweigniederlassungen in Gleiwitz, Waldenburg und Kattowitz aufgehoben. Direktor Fritz Roth ist aus dem Vorstand ausgeschieden, an seine Stelle ist Direktor Joh. Weyrauch in Braunschweig getreten.

Hofbräu, Bamberg

Die o. HV. der Hofbräu AG. Bamberg und Erlangen, Bamberg, hat für das Geschäftsjahr 1946/47 die Dividende auf 4% festgesetzt. Dem AR. gehören an: Dr. Wilhelm Schmidhuber, München, Vorsitzer; Albert Glaser, München, 1. stellv. Vorsitzer; Moritz Freiherr von Nostitz, Lindau / Schönbühl, 2. stellvertr. Vorsitzer; Dr. Hermann Jannsen, Kassel. — Dem Vorstand gehören an: Hans Leitner, Bamberg, und Konstantin Freiherr v. Nostitz, Bamberg, als Stellvertreter.

Papierfabrik Sebnitz

Die Papierfabrik Sebnitz AG., Sebnitz i. Sa., weist für das Geschäftsjahr 1946 einen Verlust von 0,12 Mill. RM aus. An Rücklagen sind 1,38 Mill. RM vorhanden. Das AK beträgt 1,19 Mill. RM.

AG Schwabenbräu Düsseldorf

Die Gesellschaft hat die in 1943 aus Gründen der Vernichtung ihrer Brauerei durch Bombenangriff abgeschlossene Interessengemeinschaft mit der Dietrich-Hoefel-Brauerei KG. in Düsseldorf mit Ende 1946 wieder aufgehoben. Eine nähere Begründung für die Maßnahme gibt die Verwaltung in den Geschäftsberichten für 1944/45 und 1945/46 nicht. Der Abschluß der Schwabenbräu AG. für das letzte Geschäftsjahr beträgt rund 36 000 RM, der mit dem Gewinn des Vorjahres von ca. 39 000 RM vorgetragen wird. Die letzte Dividende wurde für 1943/44 mit 1,5% verteilt.

Leerer Heringsfischerei

Mit einem Reingewinn von 417 120.— RM schließt das Geschäftsjahr 1946/47 (30. 6. 47) der Leerer Heringsfischerei AG. ab, durch den der Verlust aus dem Vorjahre in Höhe von 437 425.— RM zum größten Teil ausgeglichen werden konnte; der verbleibende Fehlbetrag von 20 325.— RM wurde vorgetragen. Der gegenüber dem Vorjahre verbesserte Geschäftsabschluß wurde durch das überaus günstige Fangergebnis von insgesamt 2 275 935.— kg Fische ermöglicht, das von 8 Motorloggern in der Treibnetzfischerei eingebracht worden ist. Dagegen war die Schleppnetzfischerei weniger erfolgreich. Der große Mangel an Netzen ließ eine weitere Erhöhung der Fangergebnisse nicht zu.

Brauhaus Amberg AG., Amberg

Das anhaltende ungewöhnlich heiße Sommerwetter hat im Geschäftsjahr 1946-47 (30. 9.) eine bedeutende Absatzsteigerung gebracht, die aber durch das Anfang Juni wieder in Kraft gesetzte Brauverbot sehr gehemmt wurde. Der Umsatz an Limonade hat sich trotz größter Beschaffungsschwierigkeiten der Rohmaterialien erhöht. Nach Abschreibungen auf das Anlagevermögen im Betrage von 32 187 verblieb für das Geschäftsjahr 1946/47 ein Reingewinn von 13 567 RM, der sich um den Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 16 187 auf 29 574 RM erhöht.

Personalien

Der Münchner Werbefachmann **Clemens Mauermeyer** wurde zum Präsidenten der in Bremen neugegründeten Arbeitsgemeinschaft „Deutsche Werbung" gewählt.

Direktor **Dr. Schilly**, Bochumer Verein, Bochum, und **Baron von Wittgenstein**, Friedrichshütte AG., Laasphe, wurden zu Vorsitzenden der neugebildeten Arbeitsgemeinschaft Deutscher Gießerei-Vereinigungen, Frankfurt, gewählt. Zum Geschäftsführer wurde **Dipl.-Ing. Burkart** bestellt.

Dr. Otto Wuttke, Bonn, und Direktor **Diefenbach**, Offenbach, wurden zu Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Mineralbrunnen, Bonn, gewählt.

H. Eichhorn, Kirchberg b/Jülich, und **Dr. Kaieper**, Dortmund, wurden in den AR der Hannoverschen Papierfabriken Alfeld-Gronau AG., Alfeld, gewählt.

In den Aufsichtsrat der Bayreuther Bierbrauerei AG. wurde neuzugewählt: **Ernst Beutter**, Bayreuth. Dem Aufsichtsrat gehören nunmehr an: Direktor a. D. **Ernst Beutter**, Vorsitzer, **Heinrich Baruch**, stellv. Vorsitzender; **Dr. Fritz Streit**, Wirtschafts- und Verkehrsberater; **Fritz Albrecht**.

Zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Mannheim wurde **Dr. Hans Leonhard Hammerbacher**, Vorsitzender des Vorstandes der Brown Boveri & Cie. AG., Mannheim-Käfertal, gewählt.

Direktor **Gerhard Schroeder**, Duisburg, wurde zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Klöckner AG., Duisburg, bestellt.

Direktor **Heinrich Otto** und **Dipl.-Ing. W. Schäfer** wurden in den Vorstand der Hüttenwerk Geisweid AG., Geisweid, bestellt.

Architekt **Walter Schwiddessen**, Rheydt, wurde zum weiteren Vorstandsmitglied der Rheydter Aktienbau-Gesellschaft, Rheydt, ernannt.

Der Aufsichtsrat der Münchener Tierpark AG. setzt sich zusammen: **P. Berrenberg, K. Erhart, G. Schiefer, Dr. L. Schmidt, E. Hietscher** und **KR H. Sedlmayr**.

Im Alter von 81 Jahren verstarb in Krefeld-Rheydt **Wienand Stümges**, Mitbegründer und Mitinhaber der Dreiring-Werke Komm. Gesellschaft.

Die HV. genehmigte eine 2% Dividende auf das Grundkapital von 1,2 Mill. RM zu zahlen und den Rest von 5,374 RM vorzutragen.

Rhein.-Westf. Elektr. in Essen

Die Rheinisch-Westfälische Elektrizität AG. in Essen, die größte deutsche Zusammenfassung ihrer Art, arbeitet mit einem Aktienkapital von 246 Mill. RM. Großaktionäre sind vornehmlich die Kommunen, Kreise und andere Träger der öffentlichen Hand. Diese haben sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen, um die Aktienmajorität zu konsolidieren, u. a. in der Form, daß durch Verzicht auf weitere Beteiligung an dem RWE etwa freiwerdende Aktienpakete in erster Linie Aktionären der konsolidierten Gruppe angeboten werden müssen. Daneben wird mit dem Zusammenschluß die Bildung und Vertretung einer einheitlichen energiewirtschaftlichen und kommunalpolitischen Auffassung dieser Aktionärgruppe anstrebt. Das RWE hat im laufenden mit dem 30. Juni ablaufenden Geschäftsjahre wieder günstig gearbeitet; es darf damit gerechnet werden, daß eine ausgeglichene Bilanz vorgelegt oder doch der überwiegende Teil der noch vorhandenen Unterbilanz gedeckt werden kann.

Mainzer Aktienbrauerei, Mainz

Die mit einem AK. von 3 Mill. St.-A. arbeitende Gesellschaft bleibt auch für 1946/47 dividendenlos. Es ist nach 6,93 Mill. RM Anlageabschreibungen ein Gewinn von 0,02 (0,05) Mill. RM erzielt, der mit insgesamt 0,07 Mill. RM vorgetragen werden soll. Der Rückgang in den Wintermonaten des Berichtsjahres konnte durch den infolge des Sommerwetters unerwartet hohen Bierkonsum fast ganz ausgeglichen werden. Das Sauerstoffwerk der Gesellschaft lief zwar mit voller Leistung, konnte aber den erhöhten Bedarf des großen Absatzgebietes nicht decken. Die Kriegsschädenforderungen sind in der Bilanz mit wieder 6,95 Mill. RM aufgeführt worden, denen Rücklagen in Höhe von 3,21 Mill. RM und Wertberichtungen von 0,80 Mill. RM gegenüberstehen.

Vereinigte Ultramarin-Fabriken AG. vorm.

Leverkus, Zeltner & Konsorten, Köln

Köln. Die HV genehmigte den Abschluß der Gesellschaft, in dem durch Abrufung des 1946/47 erwirtschafteten Gewinnes in Höhe von 48 000 (27 000) RM der Verlustvortrag auf 2,15 Mill. RM vermindert erscheint. Neu in den Aufsichtsrat wurde das frühere Vorstandsmitglied Alfred Leverkus gewählt. Die beschränkten Produktionsmöglichkeiten hindern das Unternehmen auch im neuen Geschäftsjahr daran, die Nachfrage nach Farben voll zu decken.

Hannoversche Maschinenbau AG.

Die Hauptversammlung der Hannoverschen Maschinenbau AG. vormals Georg Egestorff (Hanomag) in Hannover genehmigte den Abschluß per 30. 9. 1946. Durch die Heranziehung von 6,92 Mill. RM außerordentlichen Erträgen aus Reservefonds wurde die Gewinn- und Verlustrechnung ausgeglichen. Der erste Nachkriegsabschluß hat verhältnismäßig geringe aktuelle Bedeutung, es geht aus ihm aber das erhebliche Ausmaß der Kriegsschäden hervor. Das Umlaufsvermögen, das im Geschäftsjahr 1945 auf 86 Mill. RM (1944 106 Mill. RM) zurückgegangen ist, besteht zu 47 Mill. RM aus Kriegssachschädenforderungen und zu weiteren 10 Mill. RM aus Forderungen auf Grund von Kriegsmaterallieferungen, die beide fragwürdigen Wert besitzen. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden außer den Betriebsratsvertretern Heinrich Ridder und Ernst Winter Dr. Gehm-Krefeld, Günter Sohl, Düsseldorf, und Eduard Beckhäuser, Dortmund.

Hamburgische Elektrizitäts-Werke Aktiengesellschaft, Hamburg

In der ordentl. HV wurden die Jahresabschlüsse der Geschäftsjahre 1945/46 und 1946/47 genehmigt. Bei den Wahlen zum Aufsichtsrat wurden die Herren Johannes Nottebohm und Johannes Stamer, beide in Hamburg, wiedergewählt. An Stelle des Ministerpräsidenten a. D. Steltzer, der sein Amt niedergelegt hat, wurde Ministerpräsident Hermann Lüdemann, Kiel, gewählt; neu hinzugewählt wurde Direktor Kurt Hoffmann, Nordwestdeutsche Kraftwerke, Hamburg.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aussprache:

Gedanken zum Thema Baustoffersparnis

Die noch üblichen Gepflogenheiten, wonach ein Baugesuch geprüft und genehmigt wird, sind für eine den heutigen Verhältnissen entsprechende gesunde Bauwirtschaft nicht mehr tragbar. Bauherrschaft und Baupolizeibeamter sehen dies auch ein. Die erstere schimpft und an dem letzteren fällt das Geschimpfe heute schon ohne Eindruck einfach ab. Er hat dies schon zu oft über sich ergehen lassen müssen.

Drei Umstände mögen im Rahmen vorliegender Betrachtung erörtert werden:

1.) Die Möglichkeit des Holzsparens durch konsequent durchgeführte statische Berechnung, die nur das einzubauen duldet, was die Berechnung unbedingt erfordert und ebenso konsequent durchgeführte Konstruktion.

2.) Bauten, die genehmigt und für die Baustoffe zugeteilt wurden, sind der willkürlichen Fertigstellung der Bauherrschaft zu entziehen.

3.) Die teilbeschädigten Wohn- und sonstigen Bauten sind durch Bauauflagen der Nutzung wieder zuzuführen. Entsprechende Ausbauten sind durchzudrücken.

Zu der ersten Forderung: Viele, sehr viele Bauten, die in dieser Zeit mit behördlicher Genehmigung erstellt wurden, sind mit einem Aufwand des Mangelstoffes Holz erbaut, der glatt 100 % höher ist, als der unbedingt erforderliche. So kühn, ja überheblich sich dieser Satz anhören mag, er ist nur zu wahr für die Bereiche des Rohbaues. Fangen wir bei der Holzbalkenlage an. Schon bei der Wahl der Konstruktion der Decke wird kaum Rücksicht darauf genommen, Gewicht, und damit Holzmaterial zu sparen. Das Eigengewicht einer Holzbalkendecke — einwandfreie Konstruktion bezüglich Schall- und Wärmeisolierung vorausgesetzt — schwankt je nach Bauweise zwischen 140 und 250 kg/m². Das ist ein Unterschied von fast 100 %. Nach den Richtlinien der amtlichen Bestimmungen wird das Eigengewicht einer Holzbalkendecke wie folgt ermittelt:

Balken	41 kg/m²
Stabhölzer	13 „
Latten	3 „
Dielen	23 „
Lehmschlag	134 „
untere Schalung	13 „
Rohr und Putz	20 „
	247 kg/m²

Dabei ist der Lehmschlag nur mit 1200 kg/m³ in Ansatz gebracht, also mit erheblichem Zusatz an Stroh, Leichtlehm. Man kann diese Werte bei voller Zweckentsprechung der Decke und gewissenhafter Durchführung wie folgt ändern:

Es wird unterstellt, daß die Balken überdimensioniert sind.

Der entsprechende Wert liegt bei	25,0 kg/m²
Stabhölzer: bleibt	13,0 „
Latten: bleibt	3,0 „
Dielen von 3,5 cm Stärke werden nicht mehr verwandt, bleiben	15,0 „
Lehmschlag von 11 cm ist reichlich stark, ein solcher von 5 cm genügt vollauf	60,0 „
Schalung unter dem Putz ist heute Holzverschleuderung (fällt aus)	0,0 „
Putzträger und Putz	20,0 „
	136,0 kg/m²

Rund aufs Herz, wo ist der Baupolizeibeamte, der bei Vorfinden des Wertes von 250 kg/m² Eigengewicht der Decke den Architekten oder den Bauherrn darauf aufmerksam machte, daß die Decke auch mit geringerem Eigengewicht konstruiert und gerechnet werden könnte.

Eine weitere Einsparungsmöglichkeit liegt in folgendem Umstand: Es ist üblich geworden, die Latten zur Aufnahme des Fehlbodens auf dem Richtplatz, also vor dem Einbau an die Deckenbalken anzunageln. Hierdurch ist eine gewisse ordnungsmäßige Anbringung der Latten gewährleistet. Es wird dadurch auch Arbeitslohn gespart. Sind diese Latten also ordnungsmäßig und gewissenhaft angebracht, so kann ihr Querschnitt auch in den Bereich des tragenden Querschnittes einbezogen werden und wenn nur soviel, wie ihr eigenes Widerstandsmoment ausmacht, da die Latten unter der neutralen Achse zu liegen kommen. Immerhin können die rund 2 × 10,0 = 20 cm² beachtet und vom erforderlichen Widerstandsmoment abgesetzt werden. Über das vorteilhaftere Wählen der Querschnittprofile der Balken ist schon oft geschrieben worden.

Beim Dachholz läßt sich ebenso erheblich sparen. Angefangen beim Sparren, der meist nicht gerechnet wird, über First und Mittelpfette, Zangen, Stützen usw., in den wenigsten Fällen sind diese Konstruktionen kritisch durchkonstruiert und ebenso genau gerechnet. Der Baupolizeibeamte läßt es meist so durchgehen. Am Dach läßt sich grundsätzlich dadurch sparen, daß die Sparren schräglen Druck aufzunehmen haben, gleich ob Kehlbalkendach oder Pfettendach. Durch geeignete Befestigung des Sparrens an der Mittelpfette wird die holzsparende Wirkung des Kehlbalkendaches gegenüber dem Pfettendach zu einem hohen Prozentsatz ebenfalls erzielt bei Bestehenlassen der Vorteile des Pfettendaches. Bei kritischer Betrachtung kann es nicht heißen, daß in allen und jedem Fall das Kehlbalkendach mit Stützweite bis zu 12,0 m das vorteilhaftere in bezug auf Holzverbrauch und Arbeitsaufwand sei. Nur muß, wie schon angedeutet, durch feste Verbindung zwischen Mittelpfette und Sparren, der Sparren gezwungen werden, außer der anfallenden Biegelast auch Stabkräfte aufzunehmen. Es würde den Rahmen dieser Arbeit übersteigen, diesen Umstand voll auszuarbeiten. Es möge genügen, darzulegen, daß die Last der Kehlbalkenanlage beim Pfettendach durch die starre Verbindung zwischen Sparren und Pfetten nicht von der Pfette auf Binder übertragen wird, sondern auf die Sparren selbst. Dadurch braucht vor allem die Pfette nicht so stark dimensioniert zu werden. Es genügt in den meisten Fällen ein schwaches Kantholz. Die dadurch erforderliche stärkere Dimensionierung der Sparren ist minimal. Wird der Gedanke konsequent durchgedacht, so bedeutet man selbstverständlich beim Kehlbalkendach, das den Nachteil hat, nicht über den Daumen gepeilt werden zu können, sondern es muß gerechnet werden.

Zu Ziffer 2: Manches Baugesuch und damit Antrag auf Zuteilung von Baumaterialien wurde genehmigt unter Berücksichtigung der Darlegung, daß mit dem Bau eine Vielzahl von Wohnungen geschaffen würde. Geht man heute durch unsere Städte und auch Dörfer, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß mit den Bauaufsichtsbehörden Schindluderei getrieben sei: Große Bauten unter einem Dach, tatsächlich eine Vielzahl von Wohnungen, aber im Rohbau. Ausgebaut ist nur eine, die des Bauherrn. Hört man nach, so begegnet man immer wieder dem Vorbringen, daß man für sich baue und nicht für andere. Bei Fertigstellung der anderen Wohnungen wisse man nicht, wen man hineingesetzt bekommt, und ganz einfach bleibt der Bau vorerst liegen. Da Baukgeld keine Zinsen bringt, hat der Bauherr keine weitere Einbuße. In der Zeit der größten Baustoffknappheit ist auf diese Art wertvolles Material verschleudert worden. Hier Abhilfe zu schaffen, ist an der Zeit.

Zu Ziffer 3: Recht viel Raum, ein guter Teil davon ist Wohnraum, liegt oft noch nicht einmal stark beschädigt brach, unbrauchbar, weil der Besitzer kein Interesse daran hat, sich die wilde Plackerei des derzeitigen Bauens aufzuhalsen, oder gar aus sonstigen egoistischen Gründen. Das derzeitig geltende Recht gibt genug Handhabe, den Besitzer zu zwingen, seine teilbeschädigten Baulichkeiten wieder herzustellen. Hat er selbst kein Geld dazu, oder fehlt ihm Zeit und Können, so ist es ein Leichtes, ihm entsprechende Baulustige zuzuweisen.

So mancher Schuppen, so mancher Turm, stilliegende Werkstätten und was es auch sei, ganz abgesehen von direkten teilzerstörten Wohnungen und dergleichen, können mit weniger Material und Arbeitsaufwand bewohnbar gemacht werden als Neubauten. Angelegenheit der Bauwirtschaftsämter wäre es, diese Instandsetzungen bei der Baustoffzuteilung terminmäßig zu bevorzugen oder gar grundsätzlich kein Material für Neubauten herauszugeben, bis diese anderen Möglichkeiten erschöpft sind. Hierhin gehört auch der bevorzugte Ausbau von Dachgeschossen vorhandener Bauten, ebenso wie überhaupt das Durchdringen des Gedankens, daß der Ausbau des Dachgeschosses als Wohnung beim Neubau wesentliche Ersparnisse, zumindest an Holz, für die Einheit Wohnraum mit sich bringt. Die oft anzutreffende Behauptung, daß das Steildach unrentabel und dem Flachdach deshalb der Vorzug zu geben sei, stimmt nur begrenzt, nämlich dort, wo das Dachgeschoß nicht ausgebaut ist. Wird der Dachraum zum größeren Teil zu Wohnzwecken ausgenutzt, so sinkt der Holzanteil je Kubikmeter Wohnraum erheblich. Die recht geringen Vorteile des Flachdaches lösen ganz erhebliche Nachteile aus.

H. Wienands

Welt-Warenmärkte

Gekürzte Kakaozuteilung

Unsichere Ernteschätzungen

Man kann nicht gerade sagen, daß die Weltmarktlage für Kakao sich im Februar durchsichtiger gestaltet hätte. Die Rohkakaopreise sind im Laufe des Monats nach Schwankungen zurückgegangen. Aber dies ist wohl weniger auf die statistische Position des Kakao zurückzuführen gewesen, als vielmehr auf den allgemeinen Preissturz, der am 4. Februar ziemlich unvermittelt auf den amerikanischen Warenbörsen einsetzte, und vor allem Lebensmittel, wie Getreide, Schmalz, Zucker usw., mehr oder weniger schwer mitnahm. Die Newyorker Locopreise haben sich für Accra von 44.50 cent Ende Januar auf 40 cent Ende Februar gesenkt, die für Bahia von 43.25 auf 42 cent. Märztermine sind von 40.63 auf 38.55, Septembertermine von 36.55 auf 35.30 cent je lb zurückgegangen. Das Interesse für Septembertermine ist wegen der Vorbereitungen für das nächste Weihnachtsgeschäft ziemlich lebhaft geworden, immer jedoch unter Bewahrung der vorsichtigen Haltung, die die amerikanischen Schokoladenfabriken bei ihren Einkäufen schon seit längerer Zeit walten lassen.

Eigentlich hätte man, wenn man nur die statistische Position des Kakaomarktes in Betracht gezogen hätte, im Februar eher eine Erhöhung der Weltkakaopreise erwarten sollen, denn das Kakao-Komitee des IEFC hat die offiziellen Zuteilungsquoten für das laufende Kakaojahr gegen das Vorjahr weiter gekürzt. Die im Oktober 1947 vorgenommene Zwischenzuteilung hatte 430.130 t betragen. Für das bis zum 30. 9. 48 laufende Kakaojahr werden nun insgesamt nur 381.550 t zugeteilt, gegen 621.455 t im Vorjahr. Britisch-Westafrika soll insgesamt 282.600 t liefern, gegen 297.700 t im Vorjahr, Brasilien 114.000 t, gegen 139.730 t im Vorjahr. Die beiden Großverbraucherländer, die USA und England, müssen sich eine ziemlich starke Reduktion ihrer offiziellen Zuteilungen gefallen lassen. Die USA soll danach nur 742.000 t erhalten, gegen 258.300 t im Vorjahr, England 101.900 t, gegen 196.900 t 1946/47. Die Schweiz kommt besser weg, wie überhaupt kleinere Verbraucherländer mit erhöhten Quoten bedacht werden können. Erfreulicherweise sind auch die Provenienzen gebessert worden, d. h. die Zuteilungen sind für Länder wie die Schweiz heute günstiger in Bezug auf die Frachtspesen usw. Die offiziellen Erntezifffern der Hauptexporteurländer sind durchweg kleiner als voriges Jahr, und als man im Oktober 1947 geschätzt hatte, so erwartet man jetzt aus Britisch-Westafrika erheblich weniger als die 320.000 t, auf die man im Herbst noch rechnen zu dürfen glaubte, und auch die brasilianische Ernteschätzung hat sich verringert. Inwieweit diese offiziellen Ernteschätzungen den Tatsachen entsprechen, das wird sich wohl erst zu einem späteren Zeitpunkt feststellen lassen. Es soll an dieser Stelle nur festgestellt werden, daß die offiziellen Ernteziffern für Kakao von privaten Fachleuten meist als viel zu niedrig angesprochen werden. So wird von führenden Handelsfirmen erklärt, die Kakaoernte der Goldküste werde 195.000 bis 200.000 t erreichen, während die Vorschätzungen auf die Haupternte nur auf 175.000—191.000 t geläutet hatten. New York schätzt die neue Accra-Ernte auf mindestens 195.000 t, gegen nur 180.000 t im November 1947. Man kann aber in diesen Tagen an der Newyorker Kakaobörse auch schon Schätzungen hören, die bis 220.000 t Accra gehen. Sicher ist eines: daß viel Rohkakao nicht von den offiziellen Schätzungen erfaßt wird. Dadurch werden aber die ganzen Kalkulationen des IEFC hinfällig und stark entwertet. Das ist übrigens eine Erscheinung, die den Weltkakaomarkt nicht allein betrifft. Auch die offiziellen Schätzungen des IEFC für Getreide, für Speiseöle und -fette, für Zucker usw. haben sich bis jetzt noch immer als viel zu niedrig erwiesen, wodurch sie zeitweise die Marktlage stark entstellten. Man kann feststellen, daß den offiziellen Schätzungen des IEFC immer weniger Wert beigemessen wird. In der Praxis liegen die Dinge ja heute auch so, daß Länder, die über die nötigen Mengen Dollar verfügen, sich leicht über die ihnen zustehenden Quoten, die der IEFC ihnen zuweist, eindecken können. Aber der Dollarmangel wird immer ausgeprägter, und dies scheint sich nun allmählich auch am Weltkakaomarkt stärker auszuwirken.

Der größte Rohkakao-Abschluß der letzten Wochen betraf 62.000 t westafrikanischen Kakao, den das britische Ernährungsministerium ankaufte. Der Kaufpreis beziffert sich auf 210—215 sh je Quintal cif. Die New Yorker Kakaobörse hat diese Transaktion ziemlich ruhig aufgenommen. Die amerikanischen Schokoladenfabriken sahen sich jedenfalls nicht veranlaßt, dadurch aus der bisherigen Reserve herauszutreten. Immerhin sind die Umsätze an der New Yorker Börse im Februar ziemlich gestiegen, es gab viele Tage, an denen mehr als 100 lots umgesetzt wurden. Der größte Tagesumsatz wurde am 11. Februar mit 184 lots registriert. Von einer nennenswerten Spekulation in Rohkakao kann jedoch nicht gesprochen werden. Bei den meisten Käufen handelt es sich um realen Bedarf der verarbeitenden Industrie. Die Spekulation ist durch die Preisstürze von Anfang Februar vorsichtiger geworden.

Die Weltmarktkonkurrenz in Schokoladeerzeugnissen hat sich in den letzten Wochen sichtlich verschärft. Aus zahlreichen Berichten geht hervor, daß die Exportoffensive der englischen Schokoladeindustrie für viele Länder einigermaßen überraschend gekommen ist. Aber sie ist jetzt nicht mehr wegzuleugnen, und ebenso wenig kann bestritten werden, daß die englische Schokoladenindustrie dabei beachtliche Anfangserfolge erzielt hat. Berichte aus dem irischen Freistaat besagen, daß kurz vor Weihnachten plötzlich bedeutende Mengen englischer Schokoladeerzeugnisse am irischen Markt erschienen, die sofort den Verkauf anderer Schokoladen (vor allem der holländischen, dänischen und tschechoslowakischen) ungünstig beeinflußten. Das Publikum, welches aus der Vorkriegszeit her auf englische Schokoladen eingestellt ist, bevorzugte bei seinen Einkäufen die englische Ware, und die Schokolade der anderen Lieferländer blieb liegen. Es handelt sich dabei um recht beachtliche Mengen, die auf diese Weise unverkauft bleiben, und der Handel bezweifelt, ob er diese Ware überhaupt noch losbringen wird. Man rechnet jedenfalls mit bedeutenden Verlusten, und klagt darüber, daß die irische Regierung den Handel nicht rechtzeitig von der bevorstehenden Exportoffensive der englischen Schokoladefabriken in Kenntnis gesetzt habe. Auch aus anderen Ländern liegen ähnliche Berichte vor, die besagen, daß die englische Schokolade erfolgreich ihren „export-drive" begonnen hat.

Kautschuk

Der Weltmarkt für Kautschuk wurde Erzeugung stark beeinflußt, so daß die Welt-Kautschukerzeugung heute wesentlich größer ist als vor dem Kriege. Die USA Produktion in synthetischem Kautschuk war mit 833 000 t im Jahre 1943 fast so groß, wie die gesamte Natur-Kautschuk-Produktion des Jahres 1946. Nach Berechnungen des Sekretariats der International Rubber Study Group betrug die Weiterzeugung in Natur-Kautschuk im Jahre 1947 1,29 Mill. t, der ein Weltverbrauch von 1,06 Mill. t gegenüberstand, so daß die Weltvorräte um 140 000 t auf 1 805 000 t Ende 1947 zugenommen haben. Es ist verständlich, daß die USA Kautschuk-Industrie zum Teil ihr eigenes Produkt verarbeitet, so daß sich das synthetische Erzeugnis als ein starker Konkurrent für Natur-Kautschuk entwickelte. Für die preisliche Entwicklung wirkte sich diese Konkurrenz dahingehend aus, daß Kautschuk als einziges Produkt seit Ende des Krieges keinen Preisauftrieb verzeichnen konnte. Die Notierungen auf dem Weltmarkt liefen im vergangenen Jahr sogar zeitweilig stark zurück und zwar von 23,8 Dollar-cts per lb im Mai 1947 auf 14,5 cts im Juli. Bis November trat wieder eine Erholung auf 22,9 cts ein. Seitdem befindet sich der Preis wieder auf dem Abstieg, auf zur Zeit etwa 20 cts je lb.

Nervöse Börsenstimmung

Eine März-Übersicht

In den letzten vier Wochen wurden die deutschen Effektenmärkte vorwiegend von den außenpolitischen Geschehnissen bestimmt. Obwohl eine etwas ruhigere Beurteilung der Gesamtlage Platz gegriffen hat, konnten die vorliegenden Anregungen, wie sie mit der letzten Truman-Rede, der Annahme des Marshall-Planes im USA-Kongreß und, soweit direkte deutsche Probleme herangezogen werden, in der Erhöhung der Lebensmittelzuteilungen und nicht zuletzt in der anhaltenden Steigerung der Kohlenförderung gegeben waren, keinen dauernden Tendenzumschwung herbeiführen, so daß die Kursgestaltung recht uneinheitlich, per Saldo — insbesondere bei den reinen Ostwerten — überwiegend schwächer war.

Am klarsten gibt vielleicht das Favoritpapier und Stimmungsbarometer an den Börsen die Gutehoffnungshütte-Aktie, den Verlauf der unsicheren Tendenz wider. Das Papier zeigt etwa folgendes Kursbild im März: 520—518—522—517—508 — 499 — 496 — 514 — 511. Das andere mit führende Aktienpapier, Eisenhütte Köln, konnte unter kleineren Schwankungen (334 bis 339) die Kurshöhe halten. Größere Umsätze in beiden Aktien waren jedoch nur in den Tagen der höchsten Spannung zu verzeichnen. Ähnlich verlief die Tendenz für Maschinenaktien, von denen Rheinmetall-Borsig einen größeren Markt als die übrigen Werte dieser Kategorie hatten. Das Papier hielt aber den Kurs von 140 bis 138, allerdings meistens Brief. Von Elektrowerten, die durchweg schwächer lagen, unterschritten AEG nach längerer Zeit wieder den Stopkurs und lagen mit 150 angeboten. Die den Chemiemarkt bestimmende Schering-Aktie war bei 172 zu 170 um mehrere Prozent schwächer, nachdem sie vorübergehend um 5% höher tendierte. Von der Zellwolle-Aktien holten Thüringer bei zeitweise größeren Umsätzen etwas auf, kamen aber im ganzen nur wenig über 98 hinaus. In Schwäbische Zellstoff hielten die Abgaben an und gingen infolge fehlender Aufnahmeneigung von 729 auf 690 zurück. Am Bankenmarkt war die Geschäftstätigkeit durchweg lebhaft, wenn auch der Kursdruck eher überwog. Reichsbank verloren zeitweise bis 3% 139 (140). Von den Großbanken wurden Commerzbank zu Stoppkurspreisen umgesetzt, ebenso Handels-Anteile, die wegen der Übersiedlung der Bank nach Frankfurt einen recht lebhaften Markt hatten. Ost-Hypotheken waren mehrere Prozent schwächer. Am Versicherungsmarkt bestand Interesse für Magdeburger Feuer, zweifellos im Zusammenhang mit der kürzlich erfolgten Sitzverlegung nach Frankfurt. Das Papier kam mit 555 RM je Stück in die Nähe des Stoppkurses, der 600 RM ist. Überhaupt zeigt sich immer mehr Kaufneigung für Werte, die ihren Sitz aus der Ost- in die Westzonen verlegen.

Der Rentenmarkt lag durchweg unter Abgabedruck. Zur Beschaffung der Mittel für die Ruhrchemie-Anleihe erfolgten weiterhin Verkäufe, deren Liquidierung bei der mangelnden Aufnahmebereitschaft einen längeren Zeitraum erfordert und zu stärkeren Kursrückgängen führte. Gehalten waren Dt. Centralboden (Pfdbr. 96%), Komm. Obl. 95) und Meininger Hypotheken mit 95 bzw. 94% für die Komm. Obligationen. Das letztere Unternehmen hat kürzlich ebenfalls auf der Hauptversammlung die Sitzverlegung nach Bremen beschlossen. Sehr stark gedrückt lagen D.Hypothekenbank-Berlin mit 84 nach 96%, Pommersche Landschaft mit 39% nach 42 und Preuß. Zentral-Stadtschaft mit 73% nach 96. Die Abschwächungen sind aber mehr in markttechnischen Gründen zu suchen. Am Markt der Industrieobligationen gingen die westlichen Werte im großen und ganzen auf der Basis der Stoppkurse um. Häufiges Interesse bestand nach 4½% Krupp-Obligationen, die bei 101 bis knapp 100% liegen.

BÖRSEN

STUTTGART: uneinheitlich

Die Württembergische Wertpapierbörse lag bei Beginn der Osterwoche etwas freundlicher, am Schluß war sie wegen der Feiertage zurückhaltend. Centralboden notierten 95,25 — 94,50, Kommunal-Anleihe 95 — 94, Meininger 95,25 — 94,75, Kommunale Umschuldung 102, Großbanken zunächst freundlich, dann ohne Interesse. Deutsche Bank wurde zu 124, Dresdner Bank zu 124 gehandelt, Reichsbank und Commerzbank gestrichen. Von den Berliner festverzinslichen Werten wurden Gelsen-Benzin zu 119 gehandelt, Krupp-Anleihe zu 101 gestrichen. Von den Aktien notierten AEG 150—147, Bekula zu 128 gestrichen, Eisenhütte Köln zu 339 gestrichen, Gutehoffnungshütte zu 518 — 500. Von den Süddaleih n standen Südwürttemberger auf 104,—104,5, Badener auf 105.

SPRECHSAAL MAINZ: Aktien erholt

Bei dem am 16. März und 23. März abgehaltenen Sprechsaal wurden von den Aktien 4% Deutsche Hypothekenbank zu 83—81 gehandelt, 4% Preußische Zentral-Stadtsch.-Pfandbriefe zu 85—77, 4½% und 4% Deutsche Industriebank zu 98 — 101, 4½% Kruppanleihe zu 103—106, 4% Mauserwerke zu 50—53, 4% Oberschlesische Hydrierwerke zu 14 — 10. Von den Aktien notierten Eisen- und Hüttenwerke Köln 326—324, Gutehoffnungshütte 485—501, Phrixwerke 218 — 226, Schultheiß-Patzenhofer St.-A. 134—138, Schwäbische Zellstoff 725—719, Süddeutscher Zucker 88—93, Deutsche Bank 129—128, Dresdner Bank 156—157. Die Aktien waren teilweise etwas erholt. Renten lagen lustlos.

FRANKFURT: zurückhaltend

Das Frankfurter Börsengeschäft beschränkte sich in der Woche vom 22. bis 24. 3. 1948 nur auf zwei Tage, und die achttägige Unterbrechung infolge der Osterfeiertage machte sich stark bemerkbar. Wegen der sich zuspitzenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Ost und West blieb die Unternehmungslust denkbar klein, auch der bevorstehende Ultimo mahnte zur Zurückhaltung. Die Kundschaft bekundete nach wie vor kaum Interesse, vielmehr war sie überwiegend weiter als Verkäufer im Markt. Die gegen Ende der Vorwoche eingetretenen leichten Erholungen konnten daher auf den meisten Aktiengebieten nicht behauptet werden. Bei erheblich verminderter Geschäftstätigkeit traten durchschnittliche Rückgänge von 2—4% ein. Die bisher ziemlich stabil gebliebenen Elektropapiere lagen etwas unter Druck: AEG 147½ (gegen 150 am 19. 3.), Bekula 135—134 (137), Elektr. Lieferungen 162½—159 (162), Licht und Kraft mit 167½ (168) behauptet. Von Bergwerksaktien fielen Gutehoffnungshütte bei etwas größeren Umsätzen auf 513—500 (514) und Eisenhütte Köln auf 328 (331) zurück. Maschinen- und Motorenwerte 189 (184). Maschinen- und Motorenwerte konnten sich größtenteils behaupten, niedriger waren Rheinmetall mit 140—139 (141), wogegen Wanderer-Werke auf Mutmassungen über eine Sitzverlegung gesucht wurden und auf 79—84 (69) anstiegen. Bankaktien wenig verändert, D-Banken leicht schwankend, aber gehalten, Deutsche und Dresdner je 125—125½ (126). Matt lagen D-Golddiskontbank mit 68—63 B (70). Schiffahrtswerte teilweise etwas höher, Hamburg-Süd 122—122 (121), Nordd. Lloyd 100 (98). Von sonstigen Werten fanden Schering bei 173—171—172 (174), Thüringer Zellwolle NA bei 98—94 (99) und Zeiß Jkon zu unv. 112 erhöhtes Interesse. — Der Rentenmarkt zeigte noch keine Erholung. Von Kommunal-Anleihen hatten 4% Umschuldung zu 105,75 (105) einen Umsatz von 700 000 RM, sonst war das Geschäft klein.

DÜSSELDORF: freundlicher

Die Rheinisch-Westfälische Wertpapierbörse zeigt in der Woche vor Ostern eine etwas freundlichere Haltung. Der Wochenbeginn war durch Kursbesserungen gekennzeichnet, während in der zweiten Wochenhälfte in Anbetracht des bevorstehenden Osterfestes ein Nachlassen des Geschäftes in Erscheinung trat. Von den Montanaktien wurde Gutehoffnungshütte um 17 Punkte billiger gehandelt (485), Eisenhütte Köln erfuhr einen Rückgang um 18 auf 322, Klöckner, Deutsche Erdöl wurden zum Stopkurs in kleinen Mengen umgesetzt. Die übrigen Montanwerte wurden zum Stopkurs notiert. Von den Maschinenaktien wurde Schieß zu 147 angeboten. Von den Elektrowerten gingen AEG auf 149 zurück, Deutsche Bank notierte 123, Dresdner Bank 122. Die Tendenz der Bankaktien war rückläufig. Am Kuxenmarkt keine Änderungen. Der Rentenmarkt lag still bei behaupteten Kursen.

HAMBURG: fest

Die allgemeine Verfassung der Hanseatischen Wertpapierbörse war in der Osterwoche durch Kursbesserungen gekennzeichnet. Die Wochenschlußbörse zeigte sich sehr widerstandsfähig, nur einige Großbankaktien erlitten Verluste. Gutehoffnungshütte, die in der ersten Wochenhälfte vorübergehend bis 498 abfiel, konnte wieder bis 513 aufholen. Deutsche Bank und Dresdner Bank notierten je 123½. Vereinsbank in Hamburg wurde zum Stopkurs (162) gehandelt, Handels- und Verkehrsbank zu 168 (Stopkurs: 165) angeboten. Schiffahrtsaktien waren behauptet und zwar Norddeutscher Loyd zu 100, Hamburg Süd zu 121 und Levante zu 94. Am Rentenmarkt überwogen die Stopkurse.

Mannheimer Produktenbörse

Mannheim. Die Ankünfte blieben weiter ausreichend. Der angekündigte Mais ist nunmehr eingetroffen. 20% davon werden zu Grieß und 30% zu Mehl für die Teigwarenherstellung verarbeitet. Der hier eingetroffene Plata-Roggen hat ein Hektoliter-Gewicht von 73½ kg, zeigt allerdings ziemlich viel Besatz. — Die Mannheimer Mühlen haben ein Mehl der Type 1050 hergestellt zur Verwendung für die Teig- und Dauerbackwaren-Produktion mit einer Mehlausbeute von 83% und 19% Bäckerstreumehl. Hafer ist nicht erhältlich; die vorhandenen Mengen reichen kaum aus, den Saatgutbedarf zu befriedigen.

MOTOREN DEUTZ TRAKTOREN

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg